

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Bezugspreis monatlich 1 Mark. Einzelnummer 25 Pfennig.
Vertrieb: Band der Arbeiter, Angestellten und Beamten, A. G.
Verlag C. 14 - Postfach 1000 Stuttgart Nr. 6804

Verantwortlicher Schriftleiter: Fritz Kummer
Schriftleitung und Verlagsstelle: Stuttgart, Adenstraße 16
Fernsprecher C. 21. 028.41

Erscheint wöchentlich am Samstag
Eingetragen in die Reichspostzustellungsliste
Schriftsätze ohne Freiumschlag werden nicht zurückgeschickt

Das revolutionäre Automobil

F. K. Die Konferenz der Automobilarbeiter, die letzten Sonntag in Frankfurt a. M. stattfand, hat sehr ernst und sehr sachlich die Notwendigkeiten ihrer Industrie erörtert. Während deren Unternehmer eine erkleckliche Nervosität zeigen und sich von dieser zu fragwürdigen Schwächen verleiten lassen, prüften die Vertreter der Arbeiter, der Hauptleidtragenden der Krise, die Lage ihres Gewerdes in kühler Ruhe. Wenn Ruhe ein Zeichen der Kraft ist, dann sind die Automobilarbeiter die kraftvollste Arbeitergruppe Deutschlands. Und noch in anderer Hinsicht haben sie sich recht vorteilhaft von ihren Fabrikanten abgehoben. Von deren Gruppenelbstsucht war bei der Zusammenkunft in Frankfurt nichts zu merken.

Die Unternehmer verlangen eine unerhört starke Erhöhung des Zolls auf ausländische Wagen. Diese Verteuerung geht natürlich auf Kosten der deutschen Automobilkäufer — unglücklichen Deutschen wird die Möglichkeit verschlagen, sich einen Wagen zuzulegen. Die Aufstockung der Zollmauer durch die deutsche Seite wird die Ausländer veranlassen, auch ihrerseits eine Aufstockung vorzunehmen — die Ausfuhr deutscher Güter wird noch schwieriger und die deutsche Gesamtwirtschaft hat den Schaden zu tragen. Mit dem Zollbaum erschlägt man nicht den fremden Wettbewerber, sondern den heimischen Kunden. Das scheint unterm Automobilindustriellen nicht zu dämmern oder nicht zu kümmern; bei ihnen scheint der wirtschaftliche Verstand von der Sorge, ihr eigenes Geschäftchen im Trotz zu halten, verknorpelt worden zu sein.

Auf der Konferenz wurde, begreiflicherweise, der spätere Schrift des Industriellenverbandes über den „Sozialen Futurismus“ gebührend gedacht. Sie bildete den Gegenstand des Hohnes und des heitern Spottes. Es wurde weißlich der Naivität gespottet, die organisierte Arbeiter zu Jugoslawen des Zollmachers, der Warenverteuerung mißbrauchen zu können glaubt. Die Andiehung ist in der Tat von nicht alltäglicher Art. Ausgerechnet die Unternehmer, die ihre Arbeiter übermäßig mit Wohlbrüdererei, Sekundarquesterei und der Stöpsel-Drangsalieren, wollen die so Drangsalietten für eine Kampfgemeinschaft gewinnen! Und ausgerechnet die Unternehmer, deren Deutschsein außerordentlich stark von Dollars und Franken durchlöchert ist, gestatten sich, an die deutsche Gesinnung der Arbeiter zu appellieren! Das offenbart ein kindlich Gemüt ganz ungewöhnlichen Kalibers. Der Industriellenverband sollte den Mann, der ihm diese Kinderei gedreht hat, bei einem Antiquar als Ladenhüter unterbringen.

So mäßig zurzeit auch die Lage unserer Automobilindustrie ist, sie ist nicht schlimmer als die der meisten andern Gewerbe. Ihr Aufleben hängt von nicht geringem Teil von dem Aufleben der Gesamtwirtschaft ab. Daher die Abneigung der Konferenz, durch fragwürdige Maßnahmen zugunsten einer einzigen Gruppe die Ausichten der Gesamtwirtschaft zu vernageln. Mehr als dem Unternehmertum liegt der Arbeiterchaft an der Belebung der Automobilindustrie. Denn je mehr Kraftwagen in Betrieb kommen, desto mehr gibt es Beschäftigungsmöglichkeiten für Fachleute als Wagenführer und Reparateure, und für ungelernete Leute als Schuppenwärter, Straßenbauer und dergleichen. Durch das Erzeugnis eines eigentlichen Kraftwagenherstellers erhalten zwei, drei, vier Leute Stellung und Brot. Mithin bedeutet die Vermehrung der Kraftwagen ein erfreuliches Plus für die Arbeiterchaft und damit für die ganze Wirtschaft. Dieses zu sehr erwünschte Plus wird um so schneller kommen, je billiger die Wagen sind, weil sie dadurch in die niedrigen Einkommensschichten dringen.

Diese Umstände lassen es der Arbeiterchaft weniger wichtig erscheinen, woher die Wagen kommen, Hauptsache aber ist für sie, daß viel wohlfeile Wagen überhaupt kommen. Und die deutschen Arbeiter können nicht recht einsehen, warum sie ausländischen Fabrikanten billiger Wagen mehr abhold sein sollen als etwa ihre dollarkreudigen Automobilindustriellen, zumal die ausländischen Fabrikanten bedeutend höhere Löhne zahlen. Ist doch der durchschnittliche Stundenverdienst bei Ford in Plözen 1,87 bis 2,25 M. und bei der General Motors Corporation in Vorstgwalde 2 M., während die lieben deutschen Fabrikanten allemal erheblich weniger zahlen.

Mein, ob Zollerhöhung oder nicht, das Schicksal der meisten deutschen Automobilkäufer ist nicht mehr aufzuhalten. In Köln wie in Küsselsheim sind schon Hände dabei, ihnen ihr Sterbegeldlein aufzuhängen. Das mögen die Automobilindustriellen vermindern, ihre Gläubiger beweinen — zu ändern ist es nicht mehr. In beiden Orten sind amerikanischer Tatendrang, vielfältige Erfahrung, organisatorische Fähigkeit und milliardenschweres Kapital am Werk. Was haben denn die deutschen Automobilfabrikanten entgegenzusetzen? Von dort sollen alle Länder des europäischen Festlandes mit Wagen versorgt werden. Dadurch kommt die Automobilherzeugung in Deutschland erst eigentlich in Schwung. Was sich in Küsselsheim und Köln entwickelt, wird bald tiefe Spuren in allen deutschen Gewerben ziehen.

Den beiden amerikanischen Unternehmen fehlt es nicht an düstern Propheten: die Alte Welt sei nicht die Neue Welt — in Europa seien die Ausichten an einen millionen fälligen Abgang nicht zu denken, weil hier die Volksmasse viel ärmer, die Unterhaltskosten der Wagen unerträglich, die Garagen ganz unerschwinglich, die Steuer erdrückend, die Straßenverhältnisse unzulänglich seien. Das ist alles so uneben nicht. Es ist eben heute in Europa noch etwa so, wie es in Amerika war, als Ford mit dem Bau von Automobilen begann.

Der „industrielle Herrenmeister“ hat erklecklich viel zum Bessern gewandelt. Die Mißlichkeiten begannen zu weichen, als

Ford den Tagelohn seiner Leute von 2,80 auf 5 Dollar erhöhte. Von diesem Tag datiert er die Blüte seines Geschäfts. Und die Blüte stieg weiter mit jeder Lohnerhöhung. Die Lohnerhöhung brachte die Käufermasse, erweiterte unausgesetzt den Markt. Fords Lohnerhöhung zwang die andern Unternehmer zu gleichem Tun. In dem sich die Automobilfahrer mehrien, wurden Straßen gebaut, Garagen und Tankstellen errichtet, gesellschaftliche Hemmnisse beseitigt, die Unterhaltskosten vermindert sich.

Nicht anders wird es in Europa gehen. Auch hier wird Ford mit Lohnerhöhung beginnen müssen — oder er wird nicht sein. Seinem Beispiel werden sich die andern nicht entziehen können. Mit der wachsenden Kaufkraft der Masse kommt alles andere wie von selbst. Und sind erst einmal die Automobilfahrer zu einer Masse geworden, werden sogar die Köpfe unserer Gesetzgeber zu schrumpfen anfangen.

Der Kraftwagen, diese lustig schnurrende und verteuert flitzende Fabrik auf Rädern hat in kurzen Jahrzehnten unser ganzes öffentliches und gesellschaftliches Leben gründlich ge-

wandelt. Sie hat die Menschen beweglicher, die Wege kürzer, die nutzbare Landfläche weiter gemacht, außerdem den technischen Apparat wie die Arbeitsweisen der Industrie gewaltig umgewandelt. Jetzt wird in Europa die Umwälzung noch weitergehen, und zwar auf dem Gebiete der Sozialpolitik, und diese wird eine Einkommenssteigerung der Masse und ihren sozialen Aufstieg bringen. Bei dieser lohnpolitischen Umwälzung dürfte vielen unserer lieben Krautern, diesen kleinfleischen Lohnquestern und Zu-spät-Geborenen der geschäftliche Atem ausgehen. Betrübtlich für sie. Die erwerbslosen Arbeiter können zum Beileidsausprechen antreten.

Natürlich wird die von den Amerikanern bewirkte Umwälzung auch für die Arbeiterchaft etliche bedeutsame Probleme und Schwierigkeiten zeitigen. Worin sie bestehen, braucht heute nicht dargelegt zu werden, weil sie uns bald und oft beschäftigen werden. Sie werden indessen nicht schwerer sein als die, die die organisierte Arbeiterchaft schon gemeistert hat. Mithin kann die Arbeiterchaft der Entwicklung der Dinge mit Ruhe in Betracht entgegensehen. Auch der neueste Wandel wird ihr nicht zum Schaden gereichen. Im Gegenteil, das revolutionäre Automobil wird der Sache der revolutionären Arbeiterklasse dienen.

(Der Bericht von der Automobilarbeiter-Konferenz befindet sich auf Seite 79.)

Kapitalistischer Wahnsinn

Obwohl Spengler, als Verfasser des Buches: Der Untergang des Abendlandes weithin bekannt, hat kürzlich in Hamburg einen Vortrag gehalten, in dem er die Gefahr einer ungeheuren Katastrophe prophezeite, die bereits über die Welt heraufziehe und einen ungeheuren Wirtschaftskampf zur Folge haben werde, bei dem die dafür nicht gerüsteten Völker Millionen Opfer des Hungers werden bringen müssen.

Spengler hätte alle Ursache, einmal darüber nachzudenken, ob es an der moralischen Güte des deutschen Volkes liegt, wenn man in Köln 250 000 Kilogramm Tabak vernichtet, während tausende Arbeitslose, wenn sie das Verlangen nach einer Brotkruste stillen wollen, sich die Stummeln für ihren Nachschaback anstreifen müssen. In den Jahren 1918 bis 1923 vom Straßenbreit aufwärts mußten oder ob nicht doch hier ein unerhörtes Schlimm die alleinige Ursache dafür bildet, daß einer maßlosen Katastrophe der Weg bereitet wird. Und das köhner Beispiel steht keineswegs allein da, sondern immer wieder und in allen Kulturländern werden solche Taten des Verfalls beklagt. Es sei da nur daran erinnert, daß im Jahre 1925 in Karlsruhe auf eine ähnliche Art wie in Köln eine Million Zigaretten vernichtet wurden, und daß, obwohl sich die Firma, der diese Zigaretten gehörten, erbot, sie an die Reichswehr, an Arbeitslose und Kriegskrieger zu verteilen, die Steuerbehörde auf der Vernichtung bestand. Es sei ferner daran erinnert, daß man von jeher in Amerika bei großen Entenüberflüssen an Weizen damit die Dampfkegel heizt, um die Weizenpreise hoch zu halten, und daß man aus demselben Grunde in Brasilien ganze Dampfer an Kaffee ins Meer versenkt. Millionen Ballen Baumwolle haben die amerikanischen Produzenten erit vor zwei Jahren vom Weltmarkt ferngehalten, um die Preise nicht zu drücken. In England sind viele Waggon Fruchte einfach vernichtet worden, weil man die Ware nicht zu einem besonderen Preis unterbringen konnte. In Bulgarien hat man vor einem Jahre ungeheure Mengen Tabak aufgestapelt und als sie schlecht und verdorben waren, traf das Finanzministerium die Verfügung, sie zu vernichten. Im selben Lande sollte

kürzlich eine neue Fabrik gebaut werden, und weil sich auf dem Baugelände große Mengen Abfallholz befanden, hat man diese Werte einfach mit Benzol begossen und angezündet. Drei Tage lang hat der Brand gebauert, bis die Mengenengen Holz aufgezehrt waren — und Tausende haben in Bulgarien kein Brennmaterial.

15,8 Millionen Tonnen beträgt nach der Frankfurter Zeitung der sichtbare Weizenvorrat Amerikas und nur 11 Millionen Tonnen noch man bis zum Ende des Erntejahres 1930 noch in Europa und anderwärts unterbringen können. 4,8 Millionen Tonnen Weizen werden also überflüssig sein. Dazu lesen wir in einem Bericht der chinesischen Zeitung „Kungshing“, daß in den 22 Provinzen Chinas 61 Millionen Menschen dem Hungertode nahe sind und mindestens 18 Millionen bereits verhungert mühten. Soweit ist die Verkommenheit der kapitalistischen Welt gekommen, daß man, wenn das nächste Weizenjahr eine gute Ernte bringt, die 4,8 Millionen Tonnen Weizenüberschuß ruhig verbrennen wird und die 61 Millionen Chinesen lässlich verhungern läßt. Genau so wird es und muß es bei uns in Deutschland kommen, und genau so in anderen Ländern, wenn diese Zustände sich weiterentwickeln, daß man durch Zurückhaltung oder gar Vernichtung der Lebensprodukte die Völker zur Beschaffung der höchsten Preise zwingt und sie, wenn sie diese nicht begahnen können, einfach verhungern läßt.

Die Gefahr einer Katastrophe kann also nur beseitigt werden, wenn sich die Völker diesen unerhörten Wahnsinn nicht mehr länger gefallen lassen. Auch ein Spengler müßte die Ursachen dieser Katastrophe sehen, die darin liegen, daß sich das kapitalistische System so wahnsinnig auf die Spitze getrieben hat, daß es gemeingefährlich geworden ist. Es hat daher keinen Sinn, wenn Philosophen mangels dieser Erkenntnis dem deutlichen oder einem anderen Kulturvolke den Untergang wünschen, denn damit ist für die Rettung der Menschheit nichts getan. Wer die Menschheit retten will, muß dem Aufbau eines neuen Wirtschaftssystems den Weg bereiten, in dem der aus Profittüchtigkeit sprichenden Wahnsinn keinen Raum mehr läßt. Wer die Menschheit retten will, muß den Sozialismus wollen. R. D.

Eine gröbliche Irreführung

Sie haben sich wieder mal als „Unparteiische“ freisiert. Unsere lieben Unternehmer natürlich. Am 20. Februar erschien in den bürgerlichen Zeitungen ein ellenlanger Aufruf, unterzeichnet von mehr als 200 „der maßgebendsten Vertreter der Wirtschaft in allen ihren Zweigen“ (so nennen sie sich selbst in angeblicher Bescheidenheit, ohne an das Sprichwort vom stinkenden Eigenslob zu denken) „und der nationalökonomischen Wissenschaft“, der eine „dringende Mahnung über die Pflichten der Wirtschaft und des Staates“ nach Annahme des Young-Planes darstellte. Was der Aufruf enthält? Ich wette, jeder Leser der Metallarbeiter-Zeitung weiß es, ohne einen Blick hineinzuwerfen. Selbstverständlich die Forderung nach Steuererlaß für die Besizer (also Steuererhöhung der Beschäftigten) und außerdem noch Senkung der Arbeitslöhne. Das sind wir nachgerade gewohnt, denn das verlangen die Unternehmer jetzt täglich. Also davon wäre weiter kein Aufhebens zu machen. Jedoch, diesmal ist die Sache in eine Form gebracht, daß es schmerzt, ruhig zu bleiben und noch an ehrlichen Willen zu glauben.

Zunächst, wie schon gesagt, ist das Ganze so herausgebaut, daß der nicht Eingeweihte glauben muß, es sei eine Rundgebung von unparteiischer Seite. Geht es doch am Anfang:

„Unbeschadet der Einstellung des Einzelnen zu dem Young-Plan haben sich die Unterzeichneten, Männer und Frauen des öffentlichen, wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Lebens... vereinigt, um folgendes zum Ausdruck zu bringen.“

Steht man aber die Unterschriften durch, so findet man Namen wie Vorfis, Bösch, Quisberg, Louis Hagen, Daniel, Silberberg usw., kurzum eine ganze Reihe von Unternehmern, die für ihre eigene Tasche sprechen. Damit es nicht so auffallen soll, haben sie sich eine Anzahl Professoren zu Hilfe geholt. Und um den Anschein völliger Unvoreingenommenheit zu erwecken, sind das nicht einmal lauter Professoren der Nationalökonomie, sondern wir finden darunter zum Beispiel den Juristen Anshög, den Gottesgelahrten Garnaod und andere. Ohne weiteres sind wir von der reinen Sachlichkeit und Voreingenommenheit dieser Herren überzeugt, denn was kann schon zum Beispiel Herr Garnaod bei seinen Bibelstudien über

diese Dinge gelernt haben? Vielleicht solche Sätze, wie „Du sollst dem Dösen, der da dreifach, das Maul nicht verbinden“, oder „Wer dem Arbeiter seinen Lohn nicht gibt, ist ein Bluthund“. Die aber wird er nicht wirtschaftlich, sondern „geistig“ auslegen.

Dieser Sorte Unterzeichner, auf die der Satz paßt: „Selig sind die (geistig) Armen, denn sie werden Gottes Kinder heißen“, können wir also ruhig ihre Ansicht zugute halten. Es ist ein großer Anflug, daß man ihre Namen herangeholt hat für eine Sache, wovon sie keinen blauen Dunst haben; aber sie selbst können nichts dafür. Und überdies ist dies noch lange nicht die gröblichste Irreführung, die man sich hier geleistet hat.

Es stehen nämlich unter dem Aufruf auch Namen von wirklichen Nationalökonomien. Zum Beispiel Bedersath, Bonn, Karl Diehl, Eulenburg, Combari, Adolf Weber usw.

Gewiß ist darunter so mancher, für dessen „wissenschaftliche“ Leistungen wir keinen Dreier geben würden. Hat man es doch nicht einmal verschmäht, jenen famosen Herrn Professor Schumacher mit zu bemühen, dessen Name es wirklich verdient, nicht

Aus dem Inhalt

Aus dem Inhalt	Seite
Das revolutionäre Automobil — Kapitalistischer Wahnsinn — Eine gröbliche Irreführung	78
Mehr weibliche Betriebsräte — Die Arbeitslosigkeit steigt noch immer — Das Schlichtungswesen in der Praxis	74
Vorsicht bei der Warmbearbeitung von Legierungsmetallen — Unfälle durch Gasbadöfen und ihre Verhütung	75
Haushaltslehrlinge zum Ausbeuten — Vom gesundheitlichen Wert der Freude — Eure Sorgen möcht' ich haben...	76
Demokratie oder Diktatur? — „Augen auf!“ — Wie errechne ich die Krisenunterstützung?	77
Seid Kollegen! — Gewerberat und Arbeitszeitverordnung — Ran an den Film!	78
Die Konferenz der Automobilarbeiter	79
Um das Kontrollrecht des Betriebsrats — Die Frau in der deutschen Gewerkschaftsbewegung	80

in Vergessenheit zu versinken. Herr Schumacher war während des Krieges Rektor der Berliner Universität. Wer jene Zeit erlebt hat, wird sich erinnern, daß damals von oben her, zur Verhütung der Volkswirtschaft, das Schlagwort ausgegeben wurde: wirtschaftlich sei Deutschland unbefähigt, denn bei uns „bleibt das Geld im Lande“. Das heißt, weil wir vom Ausland damals fast nichts kaufen konnten und folglich ins Ausland sehr wenig zu bezahlen hatten, so behielten wir alle unsere wirtschaftlichen Kräfte für uns, und sie seien deshalb unerschöpflich. Der Satz ist so albern und kindisch wie möglich; er widerstreitet nicht nur dem Großen, sondern sogar schon dem Kleinen Einmaleins. Aber Herr Professor Schumacher, Rektor der angesehensten Universität des Reiches, brachte es fertig, ihn mit seiner wissenschaftlichen Autorität zu stützen und aus ihm zu folgern: Wenn man nur dafür Sorge, daß das Geld wirklich im Lande bleibe, dann ernährt der Krieg sich selbst fast unbegrenzte Zeit. — Für diese Leistung ist Herr Schumacher von seinen eigenen Kollegen weidlich durch den Skafao gezogen worden und für seine wissenschaftliche Befähigung besagt sie genug. Also lassen wir Herrn Schumacher in der Gemeinschaft der Sarnad usw.

Aber so manchem andern unter den Nationalökonomien, die den Aufruf unterzeichnet haben, möchten wir denn doch die Frage vorlegen, ob sie das, was sie da unterschrieben, wirklich selber glauben? — Welches nämlich ist der Zentralpunkt des Aufrufs, um den sich alles andere dreht? Das ist der Satz:

„Daß die Verpflichtungen des neuen Plans nur aus einer Volkswirtschaft aufgebracht werden können, die mit ihrer Erzeugung nicht nur den eigenen Verbrauch deckt, sondern darüber hinaus große Überschüsse erzeugt.“

Dieser Satz ist vollkommen richtig. Er steht sogar vorteilhaft ab von jenem andern Satz, der viele Jahre im Schwange war: Die Reparationen können nur aus einem Ausführüberschuß, aus einer „günstigen Handelsbilanz“ bezahlt werden. Dies ist ein ganz toller Unsinn. Trotzdem wurde er jahrelang immer von neuem wiederholt, nur um daraus zu folgern: um einen Ausführüberschuß zu haben, müssen wir billig verkaufen, also müssen wir niedrige Arbeitslöhne haben. Dabei sollte wohl ein Kind einsehen, daß die Höhe der Löhne, die wir ohne Entgelt leisten können, durchaus nicht von einem etwaigen Ausführüberschuß abhängt, sondern nur davon, wieviel wir von unserer Produktion übrig behalten; also um wieviel diese unseren Verbrauch übersteigt.

Nun gut. Den ersten Anstoß hat man — in diesem Aufruf wenigstens — fallen lassen und dafür den richtigen Satz gesetzt: Um die Reparationen zu zahlen, müssen wir „große

Überschüsse“ der Produktion über den Verbrauch erzielen. Aber was hat man unmittelbar darauf aus diesen „großen Überschüssen“ gemacht?

Um sie zu erreichen, sollen Besitzheuern und Arbeitslöhne gesenkt werden. Große Überschüsse werden dann eintreten. Aber für wen? Hat dann etwa der Staat mehr Geld, um Reparationen zu zahlen?

Sagen wir zum Beispiel den Fall, das Unternehmen A zahlt heute 1 Million Mark Löhne jährlich und 1 Million Mark Steuern und es bleibt ihm dann ein Überschuß von 2 Millionen Mark. Werden jetzt Steuern und Löhne auf die Hälfte ermäßigt, dann wächst der Überschuß des Unternehmers A von 2 auf 3 Millionen Mark jährlich. Aber ist dadurch der Überschuß der gesamten deutschen Produktion über den Verbrauch auch nur um einen Pfennig gewachsen? Nein, er ist genau derselbe geblieben, und der Staat kriegt eine halbe Million weniger. Sogar das, was die Arbeiter und der Staat weniger verbrauchen, wird auch nicht etwa gespart, sondern von dem Kapitalisten A mehr ausgegeben, sei es zu seinem persönlichen Aufwand — gibt es doch Leute in Deutschland, die 340 000 M jedes Jahr ganz gut für sich zu verdrängen verstehen —, sei es für Erweiterung seines Geschäfts. Aber aus der vermehrten Produktion, die man hieraus vielleicht erwarten möchte, kann auch nichts werden, weil es ja dafür bei dem verminderten Arbeitslohn an Abfahrl fehlt. Der Zustand unserer Wirtschaft, deren Produktionsfähigkeit immer weiter über ihre Produktionswirklichkeit hinauswächst, legt dafür bereites Zeugnis ab.

Mit einem Wort also: hier wird mit dem Begriff „Überschuß“ Schindluder getrieben. Ob der Kapitalist Silberberg oder Hagen „große Überschüsse“ macht, das hat für die Bezahlung der Reparationen verdammt wenig zu sagen. Es kommt einzig und allein darauf an, daß die Gesamtproduktion einen Überschuß über den Gesamtverbrauch läßt.

Es wird also das Wort „Überschuß“ zweimal in ganz verschiedenem Sinn gebraucht. Erst heißt es richtig, die Wirtschaft muß große Überschüsse erzeugen, und dann werden Maßnahmen empfohlen (Steuererlaß und Lohnförmung), die damit nichts zu tun haben, sondern nur die höchst privaten Überschüsse, das heißt Profite der Unternehmer über ihre Ausgaben zu steigern. Und mit der harmlosesten Miene von der Welt wird so getan, als sei beides das selbe.

Das ist eine gräßliche Fälschung. Es ist ein Mißbrauch der allgemeinen Not, um die Taschen reicher Privatleute zu füllen.

Noch einmal: wissen die Herren Professoren der Nationalökonomie, was sie da unterschrieben haben? Haben sie es vorher gelesen und glauben sie es? S b y l u s.

Mehr weibliche Betriebsräte!

Wie die Unternehmung von verschiedenen Gewerkschaften bestanden, ist die Arbeiterin nicht ihrer Zahl und wirtschaftlichen Bedeutung entsprechend im Betriebsrat vertreten. Warum ist das der Fall?

Einmal in der Unkenntnis der Bestimmungen über die Wahlbarkeit. Es ist oft unbekannt, daß auch Frauen mit der Vollendung des 24. Lebensjahres gewählt werden können. Es sei daher nachdrücklich darauf hingewiesen, daß den Frauen die gleichen Rechte aus dem Betriebsratsgesetz zustehen wie den Männern. Eine andere Ursache ist darin zu sehen, daß sich die Frauen sehr schwer zur Übernahme des Betriebsratsamtes entschließen. Sie ist von der Notwendigkeit praktischer Funktionstätigkeit noch nicht so überzeugt wie der Mann. Gewerkschaftliche Schulung der Frauen ist darum mehr notwendig. Überzeugte Gewerkschafterinnen werden sich auch leichter zur Übernahme von Funktionen bereit finden.

Im übrigen werden die Frauen bei der Aufstellung der Kandidaten nicht selten deswegen übergangen, daß man annimmt, daß sie den Aufgaben eines Betriebsrates nicht gewachsen seien. Es mag richtig sein, daß in manchen Fabriken weibliche Betriebsräte verfehlt haben. Solche Einzelerscheinungen sprechen jedoch keineswegs dafür, daß sich Frauen überhaupt nicht zu Betriebsräten eignen. Da es auch männliche Betriebsräte gibt, die verfehlt haben, mußten sich die Männer auch nicht zum Betriebsrat eignen.

Soweit die Berichte der Gewerkschaften die Tätigkeit ihrer Betriebsräte erwähnen, wird in bezug auf die weiblichen Betriebsräte stets zum Ausdruck gebracht, daß sie ihren Mann gefunden haben. Nur ein Beispiel, wie sich die Berichte über die Tätigkeit der weiblichen Betriebsräte auswirken. Es schreibt ein Bezirksleiter des Angewandten-Verbandes in seinem Bericht für 1923:

„Und doch stehen die Kolleginnen in vielen Fällen ebensolange im Mann wie Kollegen... Unvermeidlich muß auch den Kolleginnen bekannt werden, die in überwindlicher Zahl, manchen Kollegen beschämend, mit unermüdlichem Eifer ihre Tätigkeit ausüben. Eine rühmliche Ausnahme macht weder der Betriebsrat der... der aus lauter Kolleginnen besteht, aber noch und ganz seine Pflicht tut, trotz ungeheurer Schwierigkeiten.“

Der weibliche Betriebsrat kann also ein ebenso tüchtiger Betriebsrat sein wie der männliche. Die Belegschaften tun daher gut, wenn sie nicht den Vorwurf der Rückständigkeit einzuflößen wollen, ihre Ansicht über die Unfähigkeit der Frau zum Betriebsrat zu ändern.

Die rassistische Deutung vieler Männer trägt ebenfalls mit Schuld daran, daß die vorstehende Frau nicht durch Geschlechtsgenossinnen im Betriebsrat vertreten ist. Das Vorurteil der Männer gegen die gewerkschaftlich und politisch tätige Frau ist immer noch sehr groß. Es gibt auch in der Arbeiterbewegung noch überaus viele Leute, die meinen, die Frau habe die Hände von der gewerkschaftlichen und politischen Tätigkeit zu lassen und sich auf Kinder, Erziehung und Kochkunst zu beschränken — spirituelle Angelegenheiten aber den Männern allein zu überlassen. Wenn in einem Betrieb solche verächtliche Männer das Wort reden, so ist es natürlich ausgeschlossen, daß Frauen zu einer wirklichen Tätigkeit zugelassen werden. Daß eine solche Deutung keineswegs dazu beiträgt, die Waage der arbeitenden Frauen aus den Händen des Unrechts zu befreien und die Fortschrittstendenzen mit Mut und Entschlossenheit zu erfüllen, liegt auf der Hand. Aber die Befreiung der Arbeiterbewegung ist nicht nur eine Angelegenheit der Männer, sondern auch Sache der Frauen. Es muß also diesen Grundgedanken der Frauen bei der Wahl der Betriebsratsmitglieder nicht übergegangen werden. Die männliche Belegschaft muß sich von dem Scheitern lösen, daß es für die arbeitende Frau nicht möglich sei, Betriebsrat zu sein.

Sollen in Zukunft mehr Frauen als bisher zu Betriebsräten aufsteigen, so ist die Unterstützung der Frau nicht zu entbehren. Sie sollte sich auch selbst mehr in den Vordergrund bringen, den Kollegen gegenüber fester und entschiedener auftreten. Eine Befreiung in dieser Hinsicht ist bereits zu verzeichnen. Die

weiblichen Betriebsräte sind im letzten Jahre ansehnlich gestiegen. Im Textilarbeiterverband zum Beispiel stieg die Zahl der weiblichen Betriebsratsmitglieder von 3930 auf 4236.

In den Betrieben gibt es so viele Angelegenheiten, Sonderwünsche, so viel rein weibliche Angelegenheiten zu vertreten, daß weibliche Betriebsräte einfach unerlässlich sind. Auch das Vertrauen der Frau ist zum weiblichen Betriebsrat viel größer als zum männlichen. Klagen, die bei einem männlichen Betriebsrat nicht angebracht werden, würden ohne weiteres zur Kenntnis des weiblichen kommen. Zudem hat der weibliche Betriebsrat ein größeres Einfühlungsvermögen in die Schmerzen der Kolleginnen.

Das Betriebsratsgesetz schreibt zwar nicht vor, daß Frauen im Betriebsrat vertreten sein müssen, aber es spricht davon, daß die verschiedenen Arbeitergruppen nach dem Verhältnis ihrer Stärke im Betriebsrat vertreten sein sollen. Es ist durchaus wünschenswert, daß die Belegschaften jugendlich handeln.

Hoffen wir, daß bei den diesjährigen Betriebsratswahlen die Zahl der weiblichen Betriebsräte erheblich zunimmt. Die Ortsverbände mögen ihren Einfluß dahin ausüben. Je mehr Kolleginnen mit der Handhabung dieser Waffe, nämlich der Betriebsratsfunktion vertraut werden, desto wirksamer können die arbeitenden Frauen aus eigenem Ihre und die gemeinschaftliche Sache vertreten. Die proletarische Bewegung wird auf diese Weise einen willkommenen Zuwachs an wertvollen Mitarbeitern erhalten. Gerade die Gewerkschaftsbewegung kann der Mitarbeiter nicht genug haben. Wo Frauen in Betrieben tätig sind, sind sie auch gefähigend zu den Betriebsvertretungen zu wählen. Lorenz Popp.

Die Arbeitslosigkeit steigt noch immer

Seit der letzten Berichtswache haben die Hauptunterstützungsansprüche der Arbeitslosenversicherung abnehmend, und zwar um 50 000 abgenommen. Damit sind sie auf 2 340 000 anrückgefallen. Die Zahl der Arbeitslosen ist leider noch bedeutend höher, denn außerhalb der oben erwähnten Wache stehen die Angehörigen und die Hinterbliebenen, die nach früheren Schätzungen zu urteilen, mehr als ein Viertel der arbeitslosen Zahl und regelrecht unterhöltigen Unterstützung bedürftig sind. Wenn man dieses Verhältnis als Maßstab nimmt, so beträgt die Gesamtzahl der Beschäftigten und Arbeitslosen rund 3 Millionen. Diese Zahl bleibt aber unter der Wirklichkeit. Jedes Jahr von Entlassung und Bergewinnung in dieser Zahl liegt, ist kaum ganz zu erfassen. Parlament, Regierung und Arbeiterbewegung sollten sich schon um ihre eigenen nunmalen einmal mit der Bekämpfung der massenhaften Arbeitslosigkeit befassen. Die Gewerkschaften haben hierfür verschiedene Mittel und Wege aufzuweisen.

Das Schlichtungsverfahren in der Praxis

Für 1923 liegen uns die statistischen Angaben über den Tätigkeitsumfang der Schlichtungsbehörden vor. Danach sind im Jahre 1923 nicht weniger als 8187 amtliche Schlichtungsverfahren erledigt worden, und zwar erledigten die Schlichtungsanstalten 7543, die Kantons- und die von Reichsarbeitsminister bestellten besonderen Schlichter 351 + 103 = 454 Schlichtungsverfahren. Erledigt wurden von den 7543 Schlichtungsverfahren der Schlichtungsanstalten 504 vor der Verhandlung, 222 im Vorverfahren, 2780 im Verfahren vor der Schlichtungskammer und 252 auf andere Weise. In den 7543 Fällen sind 68 enthalten, in denen ein wiederholtes Verfahren stattfand. Erledigt wurden ferner von den 454 Schlichtungsverfahren der Kantons- und der von Reichsarbeitsminister bestellten besonderen Schlichter 6 vor der Verhandlung, 16 im Vorverfahren, 330 im Verfahren vor der Schlichtungskammer und 20 auf andere Weise. Die 5720 vor der Kammer der Schlichtungsanstalten verhandelten Fälle wurden wie folgt erledigt: 786 durch Einigung, 4265 durch Schlichter und 269 auf andere Weise. Und die Schlichter erledigten von den 330 vor Schlichtungskammern verhandelten Fällen 65 durch Einigung, 201 durch Schlichter und 6 auf andere Weise. Von den 435 Schlichtungsverfahren der Schlichtungsanstalten waren 223 durch Schlichter, 193 durch Schlichter und von beiden Seiten angenommen und von den 239 auf gerichtlichen Schlichtungsverfahren wurden 223 von beiden Seiten, 222 von den Arbeitern und 1994

nur von den Unternehmern abgelehnt. Außerdem waren von den 301 vor Schlichtungskammern verhandelten Fällen 3 kraft Befehl erledigt, während 110 von beiden Seiten angenommen wurden. Abgelehnt wurden im ganzen von den Streitseiten 188, und zwar 102 nur von den Unternehmern, 50 nur von den Arbeitern und 36 von beiden Seiten. In 65 ausgedrückt wurden im Jahre 1923 von dem Schlichtungsverfahren im Vorverfahren erledigt bei den Schlichtungsanstalten 2342 und bei den Schlichtern 2454 und durch Einigung wurden geregelt bei den Schlichtungsanstalten 1041 und bei den Schlichtern 1329 und der Fälle. Schiedsprüche wurden bei den Schlichtungsanstalten in 57,88 und bei den Schlichtern in 61,55 von den Streitverfahren gefallt.

Von den Schiedsprüchen wurden im Jahre 1923 bei den Schlichtungsanstalten 88,72 und bei den Schlichtern 86,54 von den beiden Seiten angenommen. Von den Schiedsprüchen wurden bei den Schlichtungsanstalten 88,81 von den Schlichtern 88,99 und der Fälle von den Unternehmern, bei den Schlichtungsanstalten 13,33 und bei den Schlichtern 13,81 von den Arbeitern und bei den Schlichtungsanstalten 6,68 und bei den Schlichtern 11,88 von den Unternehmern und Arbeitern abgelehnt.

1814 Anträge auf Verbindlichkeitsklärung von Schiedsprüchen sind im Jahre 1923 erledigt worden, und zwar von den Kantons- und Schlichtern 1650 und vom Reichsarbeitsminister 158. Von den 1814 Anträgen wurden 46 Anträge erledigt vor dem Eintritt in die Verhandlungen. In 771 Fällen einigten sich die Streitseiten vor der verhandelnden Behörde, in 84 weiteren Fällen nach Verhandlung des Verfahrens. Im ganzen erdelten also 901 Verfahren = 49,67 von dem einer Einigung. In 434 Fällen = 23,93 von der Verbindlichkeitsklärung ausgesprochen und in 479 Fällen = 21,41 von der sie abgelehnt. Übrigens sind die Anträge auf Verbindlichkeitsklärung von Schiedsprüchen gegen 1927 um 91 zurückgegangen.

Von den bei den Schlichtern und dem Reichsarbeitsminister eingegangenen Anträgen auf Verbindlichkeitsklärung von Schiedsprüchen wurden 49,67 von durch Einigung erledigt. Die Verbindlichkeitsklärung selbst wurde in 29,93 von der Fälle ausgesprochen und in 23,41 von der Fälle ist die Verbindlichkeitsklärung abgelehnt worden.

Von den Streitgegenständen entfallen auf Lohn und Gehalt 4278 (270), Arbeitszeit 257 (27), sonstige Arbeitsbedingungen 550 (41), Lohn oder Gehalt und Arbeitszeit 839 (39), Lohn und sonstige Arbeitsbedingungen 22 (13), Lohn, Arbeitszeit und sonstige Arbeitsbedingungen 1888 (83) Fälle. (Die Zahlen in den Klammern beziehen sich auf die Streitgegenstände vor den Schlichtern.) L. P.

Steuerbelastung der unteren Klassen

Das Statistische Reichsamt veröffentlicht eine Untersuchung über die Staatseinkommen aus Steuern und Zöllen im Deutschen Reich und im Auslande. Diese wertvolle Veröffentlichung ermöglicht einen Einblick in die Schichtung der steuerpflichtigen Einkommen. Es ergibt sich daraus, daß im Vergleich zu anderen Ländern Deutschland die niedrigsten Einkommen am stärksten zur Einkommensteuer herangezogen. Das Aufkommen durch die Einkommensteuer wird von der Einkommensklasse bis 5000 M in Deutschland mit 72,5 und in Frankreich mit 85,12 und in Großbritannien mit 44 und in den Vereinigten Staaten von Nordamerika mit 0 von aufgebracht. Die Einkommensklassen über 50 000 M tragen in Deutschland mit 4,2 und in Frankreich mit 11 und in Großbritannien mit 21,2 und in den Vereinigten Staaten mit 33,9 an dem Gesamtaufkommen der Einkommensteuer bei.

Aus der Gegenüberstellung der niedrigen und der höchsten Einkommensstufe ergibt sich bereits die wesentliche Verschiebung der Großstaaten. Wenn wir die Einkommensklassen in zwei Gruppen teilen, das heißt in eine bis 12 000 M Jahreseinkommen und in eine über 12 000 M, dann erhalten wir folgendes Bild: Die untere Grenze erbrachte in Deutschland 87 und in Frankreich 67,1 und in Großbritannien 62,8 und in den Vereinigten Staaten 17,6 von der Einkommensteuer. Der Unterschied zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten ist ganz gewaltig. Aber auch zu den übrigen europäischen Großstaaten ist er nicht gering. Dies dürfte beweisen, daß die überaus hohe Mehrzahl der deutschen Bevölkerung in äußerst kümmerlichen Verhältnissen lebt, aber trotzdem verpflichtet ist, die größte Last der Einkommensteuer zu tragen.

Auszahlung von Arbeitslosenunterstützung in Gastwirtschaften

Bei dem starken Andrang der Arbeitslosen reichen die Räume der Arbeitsämter teilweise nicht aus. Man ist deshalb schon dazu übergegangen, Räume in Gastwirtschaften zu benutzen. Daß dies vermieden werden muß, bedarf keiner längeren Begründung. Der Arbeitsmarkt in Sachen“ veröffentlicht in seiner Nr. 7 eine Zuschrift aus Arbeiterkreisen, die dem Landesarbeitsamt in dieser Frage ausgegangen ist: „Wir wenden uns in der schärfsten Weise gegen die Absicht, die Auszahlungen der Arbeitslosenunterstützung in Gastwirtschaften vorzunehmen. Wir weisen darauf hin, daß nach der Gewerbeordnung Lohn- und Abzahlungsabteilungen nicht in Gast- und Schenkwirtschaften erfolgen dürfen. Viele Gastwirte sind bereit, ihre Gasträume für die Auszahlungen der Arbeitslosenunterstützung zur Verfügung zu stellen mit der Begründung, sie hätten keine Gäste. Die weitere Absicht ist dabei, die Arbeitslosen zu veranlassen, nach Auszahlung der Unterstützung als Gäste des Lokals zu bleiben. Es sind eine große Anzahl langfristiger Arbeitsloser vorhanden, die infolge der dauernden Not nicht mehr den moralischen Halt aufbringen, diesem Anreiz zu widerstehen.“

Dieser Meinung muß Rechnung getragen werden. Dazu sei noch bemerkt, daß sich auch der Verwaltungsrat der Reichsanstalt gegen die Verlegung von Gastwirtschaften zur Auszahlung der Arbeitslosenunterstützung ausgesprochen hat.

Die großen Einkommen

Rund 100 000 Personen haben in Deutschland das Glück, über ein Jahreseinkommen von mehr als 16 000 M zu verfügen. Diese wohnen zu 68 in größeren Städten, davon allein in Berlin 17 und in Hamburg 6 und im Reichgebiet 4 und usw. In mittleren Städten wohnen ungefähr 15 000 Personen, die als Einkommensträger der großen Einkommen in Betracht zu ziehen sind. In kleineren Städten und Landgemeinden wohnt ungefähr die gleiche Zahl. Von den Städten wohnen die größte Zahl der Einkommensbesitzer mit mehr als 16 000 M Jahreseinkommen in Berlin. Die geringste Zahl in den östlichen Provinzen. Auf je 10 000 Einwohner berechnet, entfallen große Vermögen in Bremen und Frankfurt 62, in Weimar 49, in Berlin 42 bis herunter zu 10 im Regierungsbezirk Cöpen. In den großen Städten wurden im Durchschnitt auf 10 000 Einwohner rund 30 Einkommen über 10 000 M gezählt. In den Mittelstädten sind es 20 und auf dem flachen Lande 5. Es ist naturgemäß, daß die Kaufkraft einzelner Städte und Gemeinden durch die mehr oder minder starke Zusammenballung großer Vermögen beeinflusst wird.

Die ewige Stöhnen und Klöhnen

Da lohnt und klöhnt die deutsche Wirtschaft, ihre Föhne stellt jetzt Klöhnen auf Halbheit, ihre Zeitungstraktanten schlagen in die gleiche Herbe. Nur bei „höherer Gewalt“ verzichten sie sich dazu, die Wahrheit zu sagen. Diese höhere Gewalt sind die Banken, die infolge der Schwarzmalerei bei der Kredithergabe sehr vorsichtig sind. „Der Holzmarkt“ (4. Febr. 1930) sieht die Föhne hoch und schreibt: „Dieses ewige Stöhnen und Klöhnen und die fortgesetzte Verfühlung in der Holzwirtschaft und Sägeindustrie werde nicht verdient, es werde Geld ausgelegt, das Geschäft ginge mickelnd, wie man es auf den meisten Versammlungen und bei jeder sonstigen Gelegenheit hört, ist wenig klug, denn das bleibt eben nicht im internen Kreise — und außerdem ist es ja nicht einmal wahr. Natürlich arbeiten in solchen miserablen Zeiten wie der jetzigen auch in der Holzwirtschaft eine Menge Betriebe weiter und unwillkürlich. Das ist aber eine Erscheinung, die in allen anderen Branchen gleichfalls wahrnehmbar ist.“

Was müßte „Der Holzmarkt“ erst schreiben, wenn er sich die Kopie der Metallindustriellen zur Grundlage seiner Betrachtung nähme.

Technik und Werkstatt



Vorsicht bei der Warmbearbeitung von Legierungsmetallen

In eine Autowerkstätte wurde ein Personenwagen eingebracht, bei dem der Lenkhebel stark verbogen war. Der Arbeiter machte den Hebel rotwarm und richtete ihn im Schraubstock wieder in seine ursprüngliche Form zurück. Bald darauf bildete sich an dem Hebel ein Anriß, der dadurch noch begünstigt wurde, daß der Arbeiter den Hebel in den Schraubstock ohne Zwischenbelag eingespannt hatte. Der Anriß verbreitete sich rasch über den ganzen Querschnitt und als eines Tages der Wagen aus der Garage gebracht wurde, brach der Lenkhebel ab. Wäre dies auf der freien Strecke und gar noch an abschüssiger Stelle oder in scharfer Kurve eingetreten, Leib und Leben der Insassen wäre gefährdet gewesen. Wo lag der Fehler?

Ein solcher Hebel besteht aus Nickelstahl, also aus sogenanntem Vergütungsstahl. Ein solcher wird durch Feuerbehandlung in seiner Festigkeit und Zähigkeit stark beeinträchtigt. Nach jeder Bearbeitung ist ein solcher Stahl wieder einem Vergütungsprozeß zu unterziehen, wenn er seine guten Eigenschaften wieder einigermaßen erhalten soll.

Im ganzen Fahrzeugbau sind heute Spezialmetalllegierungen von den verschiedensten Eigenschaften in Verwendung. Wer sich mit Arbeiten an solchen Metallen befassen will, der muß ganz natürlich auch über die Eigenart dieser Materialien, über ihre Behandlung und Bearbeitung unterrichtet sein, wenn er nicht, wie im erwähnten Falle, sich die verhängnisvollsten Mißgriffe zuschulden kommen lassen will.

Im Fahrzeugbau kommen ganz besonders sehr verschiedene Stahlsorten zur Verwendung. Besonders sind es Vergütungsstähle und Stähle für Einsatzhärtung. Unter Vergüten versteht man das Abschrecken von so niedrig gekohltem Stahl, daß seine an und für sich geringe Härte nur unerheblich wechselt, jedenfalls nicht so weit, daß die Feile nicht mehr angreift. Dem Abschrecken folgt stets ein Anlassen, und zwar meist auf höhere Temperatur. Das Vergüten verfolgt den Zweck, Maschinen- und Konstruktionsteilen eine größere Festigkeit und Zähigkeit zu verleihen. Vergütet werden zwar auch gewöhnliche Kohlenstoffstähle, viel häufiger aber legierte Stähle, wie Nickel-, Chromnickel- und Manganstähle, da bei ihnen die Wirkung eine viel stärkere ist. Vergütet werden fast ausnahmslos bereits vorgearbeitete oder fertige Teile, weil die Bearbeitung vor der Vergütung leichter ist, außerdem durch die nachherige Bearbeitung die Wirkung der Vergütung in der Hauptsache aufgehoben würde. Auf keinen Fall dürfen vergütete Stücke nochmals gegläht oder geschmiedet werden.

Im oben erwähnten Beispiel hat der Arbeiter den Lenkhebel rotglühend gemacht und ihm dadurch seine Vergütungseigenschaften genommen. Er hätte also diesen Hebel mindestens wieder vergüten müssen. Dadurch hätte der Nickelstahl wieder bessere Festigkeit erhalten, wenn auch nicht mehr in dem Maße wie ursprünglich. Viel vorteilhafter ist es, wenn man solche Stücke lediglich kalt behandelt, weil hierbei die Vergütungseigenschaften nicht verloren gehen. Eine Vergütung hätte in der Weise erfolgen müssen, daß der Hebel, nachdem er seine ursprüngliche Form wieder erhalten hatte, auf etwa 830 Grad erhitzt und dann in Öl oder Wasser gehärtet worden wäre. Hieran hätte sich ein Anlassen schließen müssen, und zwar bei 550 Grad über etwa 80 Minuten hin. Die Abkühlung kann im Ofen oder aber an der Luft erfolgen.

Es sei hierzu noch bemerkt, daß man nicht immer durch einmaliges Erhitzen und Abschrecken mit nachfolgendem Anlassen den günstigsten Zustand erreicht; die größte Zähigkeit erhält man oft erst durch wiederholte Behandlung. Besonders Stähle mit verhältnismäßig hohem Kohlenstoffgehalt gewinnen noch durch weitere Behandlung. So hat sich besonders bei starken Stücken ein zweimaliges Abschrecken bewährt, und zwar erfolgt das erste Abschrecken bei hoher Temperatur, damit auch die inneren Schichten stark vergütet werden, das zweite bei etwas niedriger Temperatur, um die äußeren Schichten im Korn zu verfeinern, sie zäher zu machen. Die Vergütungsstähle sind ganz besonders dazu geschaffen worden, hämmernde Beanspruchungen und Erschütterungen ohne Schaden und Ermüdung ertragen zu können vermöge einer durch den Vergütungsprozeß gewonnenen inneren Struktur. Verdrißt man diese Struktur durch falsche Warmbehandlung, dann verliert der Stahl auch seine Widerstandskraft gegen die erwähnten Beanspruchungen. Aus diesem Grunde ist also der oben erwähnte Lenkhebel in kürzester Frist gebrochen. Natürlich könnte durch eine nähere Untersuchung dem Chauffeur, der diesen Unfall bei einer Schwarzfahrt erlitten hatte, auf den Kopf zugesagt werden, daß er den Wagen ohne Wissen des Besitzers in einer Reparaturwerkstatt wieder herrichten ließ und daß derselbe hier falsch behandelt wurde.

Eine besondere Beachtung muß man auch der Warmbehandlung der Leichtmetalle schenken. Bei den sogenannten vergütbaren Leichtmetalllegierungen beruhen die hohen mechanischen Eigenschaften in erster Linie auf einem Warmbehandlungsverfahren, und zwar besteht die Vergütung oder Veredlung in einem Glühen bei zirka 500 Grad mit nachfolgender Abschreckung im Wasser. Die Festigkeitssteigerung tritt nicht sofort ein, sondern, je nach

der Legierungsart, selbsttätig im Verlauf von einigen Tagen (selbsttätiges Altern) oder erst nach längerem Anlassen auf Temperaturen von 120 bis 160 Grad (künstliches Altern). Gewisse Legierungen zeigen auch eine gemischte Alterung.

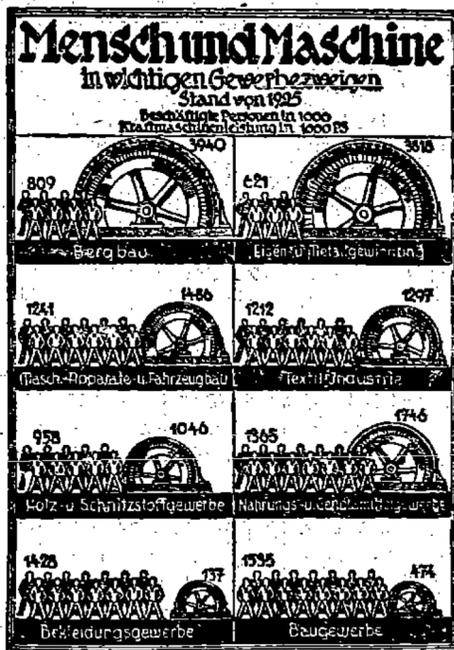
Vergütete Leichtmetalle dürfen keiner Wärmebehandlung über 150 bis 160 Grad unterzogen werden, weil sie dadurch entfestigt werden. Insbesondere darf man hier zu irgendwelchen Verformungsarbeiten nicht mit der beliebigen Lötlampe kommen. Schweißen und Löten kommen für vergütbare Legierungen natürlich nicht in Frage. Aber auch das Schweißen von unvergütbaren Leichtmetallen empfiehlt sich nur bedingt; jegliche Art von Schweißen verlangt bei den Leichtmetallen eine erhebliche Sachkenntnis und Sorgfalt. Eine Ausnahme macht schließlich das Silumin, das sich sehr gut schweißen läßt. Die autogene Schweißung von Silumin wird ganz ähnlich wie bei Reinaluminium ausgeführt. Als Schweißzusatz verwendet man Reinsilumin. Die Schweißstellen zeigen ein feinkörniges Gefüge und erreichen annähernd die Eigenschaften normaler Gußstücke. Ein Reißen der Gußstücke infolge ungleichmäßiger Erwärmung ist bei Silumin nicht zu befürchten. Bei einfachen Stücken kann daher auf eine Anwärmung des Werkstückes verzichtet werden.

Gesprungene Elektrongehäuse lassen sich auch schweißen, aber nur mit großer Sorgfalt. Als Schweißmittel dient hier entweder das bekannte Aluminium-Schweißmittel Autogal oder ein Schweißpulver der IG Farbenindustrie. Bei einer solchen Schweißung muß die Schweißnaht nach vollzogener Schweißung mit dem Schaber gesäubert und nachgearbeitet werden. Luftfeuchtigkeit usw. wird durch einen Anstrich mit einer für Elektron geeigneten Rostschutzfarbe ferngehalten. Immerhin läßt es sich bei der Schweißung von Elektrongehäusen nicht mit Sicherheit vermeiden, daß Schweißsalz in die Schweißnaht gelangt und bei Hinzutritt von Luftfeuchtigkeit eine Oxidation des Elektrons an dieser Stelle eintritt. In der IG Farbenindustrie ist man damit beschäftigt, ein besonderes Schweißverfahren auszuarbeiten, das diese Schwierigkeiten vermeidet und den Erfolg unabhängig von der Geschicklichkeit des Schweißers macht.

lichen Organismus schädliche Einflüsse auszuüben vermögen. Schon hieraus geht hervor, daß normalerweise durch Leuchtgasverbrennung — also auch durch die Brenner von Badeöfen — nicht Vergiftungen verursacht werden können. Hierzu ist vielmehr unverbranntes oder nicht vollständig verbranntes Leuchtgas erforderlich, das größere Mengen Kohlenoxydgas enthält. Das Ausströmen unverbrannten Leuchtgases ist von allen Gasherden, Gaslampen usw. her bekannt und fast stets auf Unachtsamkeit des Verbrauchers zurückzuführen. Die Vergiftungsgefahr beim Badeofen ist in solchen Fällen noch ganz besonders gering, und zwar deswegen, weil in der Regel das unentzündete Gas durch den Schornstein entweicht. Selbstverständlich sind nichtsdestoweniger solche Versehen zu vermeiden, insbesondere darf nie der Warmwasserhahn geöffnet werden, wenn die Zündflamme noch nicht brennt, zumal durch einen solchen Fehler Explosionen im Schornstein verursacht werden können.

Der weitaus häufigste Grund für Unfälle durch Gasbadeöfen usw. ist die unvollständige Verbrennung der Leuchtgase, derzufolge Gasmengen, die noch unverbranntes Kohlenoxyd enthalten, entweichen, sich im Raum ansammeln und sodann eine wirklich ernste Gefahr bilden. Die unvollständige Verbrennung tritt regelmäßig ein, wenn die zur Verbrennung notwendige Luft nicht in ausreichendem Maße vorhanden ist. Dies ist beispielsweise der Fall, wenn der Gasapparat in einem kleinen Raum aufgestellt gefunden hat, wo eine Einrichtung, die den Ersatz der verbrauchten Verbrennungsluft ermöglicht, fehlt. Eine andere Ursache für Luftmangel und die sich hieraus ergebenden ersten Folgen, ist die Abschneidung der Frischluft durch die Verbrennungsprodukte, die dann eintritt, wenn die Verbrennungskammer nicht das richtige Verhältnis zur Brennerleistung hat, da die Flamme sich in diesem Fall nicht den erforderlichen Zug zu verschaffen vermag. Auch durch konstruktive Fehler kann unter Umständen eine nicht vollständige Verbrennung des Gases hervorgerufen werden, so zum Beispiel, wenn die Größenbemessung des Apparates oder die Ausbildung der Verbrennungskammer nicht richtig ist. Endlich können bei guten Konstruktionen, die im wesentlichen richtig eingestellt und installiert sind, dadurch Unfälle hervorgerufen werden, daß die Abgase, die ja an sich fast gar kein Kohlenoxyd enthalten, anstatt über Dach zu gehen, beim Zugunterbrecher oder der Rückstausicherung in den Raum übertreten und dann eventuell eine ungenügende Verbrennung verursachen können.

Aus allen diesen Gefahrenquellen an gasbeheizten Warmwasserbereitungsanlagen ergeben sich die Mittel zu ihrer Beseitigung eigentlich ganz von selbst: In den Räumen, die Gasbadeöfen usw. enthalten, muß, besonders wenn es sich um kleine Räume handelt, durch entsprechende Lüftung für Lüftererneuerung gesorgt werden; vermittelst der Gasdrosselschraube muß die Gaszufuhr vor Inbetriebnahme des Apparates gut einreguliert werden; die Wahl eines richtig konstruierten Warmwasserbereiters, der nicht etwa — auch bei richtiger Regulierung — nicht haltende und straff voneinander brennende Flammen aufweist, ist selbstverständliche Voraussetzung. Besonderer kritischer Beachtung bedürfen auch der Abzug, das Verbindungsrohr zwischen Badeofen und Schornstein und die Lage der Rückstausicherung. Wenn der Installateur alles dies berücksichtigt oder vermeidet, wird er für die gefahrlose Benützung der gasbeheizten Warmwasserbereitungsanlagen und Badeöfen garantieren können, besonders wenn er sich durch Wahl eines hochwertigen Apparates vor konstruktiven Fehlern sicher weiß. G. Hth.



Mensch und Maschine, Geist und Technik, das sind Probleme, die unsrer Zeit zu lösen aufgegeben sind. Vor allem für unsere Jugendbildner ist diese Frage von großer Wichtigkeit. Wieviel Tausende Menschen sind notwendig, um heute — bei fortschreitender Rationalisierung — den Produktionshergang in den einzelnen Gewerbezweigen aufrechtzuerhalten? In Berg- und Hüttenwerken ist der Transport, das Zerkleinern und das Losbrechen der Kohlen und Gesteinsmassen heute mechanisiert. Anders ist es in der Maschinen-, Textil- und Holzindustrie, wo Tausende von gelernten Spezialarbeitern notwendig sind, um die Spezialmaschinen zu bedienen. Im Baugewerbe sowie in der Bekleidungsindustrie ist die Zahl der verwendeten Maschinen noch gering und wird sich in der letzteren auch schwerlich noch sehr vergrößern lassen, da es sich hier um Artikel, die sich nach dem Geschmack der einzelnen Individuen richten, handelt. Eine Sonderstellung nimmt das Nahrungs- und Genussmittelgewerbe heute noch ein, wo die Mechanisierung erst am Anfang steht und die Einführung der gerade hier die Lebenshaltung verbilligenden Maschinen sehr zu begrüßen ist.

Unfälle durch Gasbadeöfen und ihre Verhütung (Nachdr. verboten)

Die Badeöfen und Warmwasserbereitungsanlagen mit Gasbeheizung erfreuen sich wegen ihrer mannigfachen Vorteile einer stets wachsenden Beliebtheit. Nun häufen sich in neuester Zeit die Fälle, wo durch solche Anlagen Oxydgasvergiftungen hervorgerufen wurden. Bevor wir uns hier damit beschäftigen, wie solche Vorkommnisse vermieden werden, wollen wir uns vor allem einmal vergegenwärtigen, auf welche Weise durch Gasbadeöfen und andere gasbeheizte Warmwasseranlagen Oxydgasvergiftungen hervorgerufen werden können.

Bekanntlich entsteht bei der Verbrennung des Leuchtgases nur Kohlenäure und Wasserdampf, die erst bei einer sehr großen, praktisch gar nicht vorkommenden Anreicherung auf den mensch-

Nietkontrolle (Nachdr. verboten)

Jede Nietverbindung bedeutet einen schwachen Punkt, so daß auf sie die größte Sorgfalt verwendet werden muß. Wir brauchen nur an die Dampfessel zu erinnern, mit deren Betriebsdampfdrücken man immer mehr in die Höhe geht. Ist schon die Behandlung der Niete und Bohrlöcher an sich eine wichtige Sache, so gibt doch erst der richtige Druck beim Nieten den Ausschlag. Vor allem muß der Druck dem Nietdurchmesser genau angepaßt werden, denn bei zu niedrigem Druck wird die Dichtung ungenügend und zu hoher Druck verursacht Eindrücke in die Bleche und Risse in den Nietlöchern. Diese Forderungen haben daher die Handnietung in allen bedeutenderen Kesselschmieden fast vollständig verdrängt und an ihre Stelle ist die hydraulische Nietmaschine getreten, die in ihrer Handhabung und Wartung äußerst einfach ist, denn das Preßwasser wirkt ohne Zwischenschaltung von Hebeln, Getrieben oder dergl. durch den Arbeitskolben unmittelbar auf das Niet. Derartige Nietmaschinen werden heute in allen Größen sowohl ortsfest wie beweglich hergestellt. Besonders wichtig bei diesen Maschinen ist es, daß der Nietdruck ohne besonderen Kraftverbrauch beliebig lange auf den Nietkopf wirken kann. Man muß nämlich dem Niet Zeit lassen, genügend zu erkalten, damit es bei zu frühzeitigem Nachlassen des Druckes nicht nachgibt.

Die Anforderungen an gute und gleichmäßige Nietungen lassen sich am besten durch geeignete Kontrollvorrichtungen erfüllen. Ein solcher Kontrollapparat muß vor allem den von der Nietmaschine ausgeübten Druck und dessen Dauer anzeigen. Ferner muß er durch eine Signallvorrichtung darauf aufmerksam machen, wenn Druck und Zeit das eingestellte Maß überschreiten. Sehr wichtig ist auch eine Angabe, wie groß die Pausen zwischen den einzelnen Nietoperationen sind. Es wird also nur ein schreibender Apparat in Frage kommen, dessen Hauptbestandteile ein Druckanzeiger mit Schreibwerk und Antrieb für die Papierrolle sowie eine Sekundenuhr sind. Diese Teile können entweder in einem gemeinsamen Gehäuse untergebracht werden oder man kann die Sekundenuhr davon trennen. Die letztere Anordnung hat den Vorteil, die Uhr an der Nietmaschine so anzubringen, daß der Arbeiter die Zeit des Druckes beobachten kann, während der Druckanzeiger an einem anderen Orte, zum Beispiel im Büro des Betriebsleiters seine Aufstellung findet. Die Alarmvorrichtung muß dagegen stets in der Nähe des Arbeiters sein.

Die Höhe des Diagramms muß sich verstellen lassen können, damit auch bei kleinen Nietdrücken ein genaues Ablesen möglich ist. Die Wichtigkeit einer Nietkontrolle geht schon daraus hervor, daß sie bereits von verschiedenen Behörden gefordert wird.

Farbenphotographie

Dem russischen Forscher Dr. Loudine soll es nach langer, mühevoller Arbeit in seinem Laboratorium gelungen sein, bunte Vorlagen naturgetreu wiederzugeben. Er behauptet, bei seinen Versuchen einen Stoff gefunden zu haben, der in die Radiumgruppe gehört und selbst radioaktiv ist. Diese Substanz gab die Möglichkeit, eine neue Emulsion mit besonderen Eigenschaften zu schaffen. Die hiermit hergestellten Farbenplatten oder Farbfilme liefern scharfe Bilder, ohne die früher erhaltenen Verzerrungen. Die Belichtungszeit dauert nicht länger wie bei einer gewöhnlichen Aufnahme, so daß man auch Momentaufnahmen erzielen kann. Ein Umbau oder Umarbeitung des photographischen Apparates soll nicht nötig sein; die neuen Platten werden ebenso wie die bisherigen in die Kassette eingeschoben. Auch soll die Herstellung der Emulsion oder der Platten nicht wesentlich teurer sein. Sch.



Familie und Heim



Haushaltslehrlinge zum Ausbeuten

Eine Warnung an die Eltern

Der dem Reichsrat vorliegende Entwurf eines Hausgehilfen-gesetzes gibt zu reichlichen Beanstandungen in rechtlicher und sozialpolitischer Beziehung Anlaß.

Nachdem der Reichsverband deutscher Hausfrauenvereine und Hausangestelltenorganisationen im Dezember 1924 Vereinbarungen über die hauswirtschaftliche Lehre mit Gültigkeit für das Reich getroffen hatten, denen in einem Zeitraum von vier Jahren Gelegenheit zur Auswirkung gegeben war, wurden die Lehrverträge im Jahre 1928 gefündigt, um auf Grund der Erfahrungen Stellung zu nehmen und zu ändern, was sich als nicht praktisch erwiesen hatte.

Zum besseren Verständnis sei kurz der Inhalt des Lehrvertrages von 1924 skizziert:

Der Lehrvertrag setzt die Dauer der Lehrzeit auf zwei Jahre fest, die ersten drei Wochen der Lehrzeit gelten als Probezeit. Die Hausfrau übernimmt durch den Abschluß des Lehrvertrages die Verpflichtung, das Lehrlingsmädchen in allen hauswirtschaftlichen Arbeiten (Hausarbeit, Kochen, Waschen, Bügeln, Ausbessern und einfache hauswirtschaftliche Rechnungsführung) gründlich auszubilden. Die vom Lehrlingsmädchen auszuführenden Arbeiten sollen in die Zeit von 7 Uhr morgens bis 8 Uhr abends gelegt werden und wochentäglich acht Stunden nicht überschreiten. Ebenfalls regelt der Lehrvertrag die dem Lehrlingsmädchen wöchentlich zu gewährenden Freizeit — in 14 Tagen mindestens einen Sonntag- und einen Wochentagsnachmittag — und den ihm zustehenden Urlaub, mindestens acht Tage im Jahre. Neben freier Verköstigung, freier Wohnung, freier Reinigung der Wäsche hat das Lehrlingsmädchen Anspruch auf eine monatliche Vergütung (Die Lehrverträge sehen eine Vergütung von fünf Mark monatlich im ersten Jahre und zehn Mark monatlich im zweiten Jahre vor.)

Nach Abschluß der Lehrzeit soll das Lehrlingsmädchen sich einer praktischen Prüfung unterziehen, durch deren Bestehen es den Lehrbrief und die Eigenschaft einer „geprüften Hausgehilfin“ erhält. Außerdem enthält der Lehrvertrag eine Reihe von Gründen, die zu einer einseitigen Vertragsauflösung nach Ablauf der Probezeit führen können und sieht vor, daß bei vorzeitiger Lösung des Vertrages eine Entschädigung oder Schadenersatz zu zahlen ist. Die Lehrzeit dauert zwei Jahre, doch werden bereits Stimmen laut, an Stelle der zweijährigen eine von drei Jahren zu fordern.

Man muß sich fragen: Kann die Art der häuslichen, sich täglich jahraus jahrein wiederholenden häuslichen Arbeit verglichen werden mit der Ausbildung des männlichen Lehrlings, die fortwährend sich entwickelt? Haushaltstellen nehmen hauptsächlich die Arbeiterkinder an, die schon als Schulmädchen tüchtig mit heran wuchsen. Oft hatten sie während ihrer schulfreien Zeit Aufwartestellen und erwiesen sich als praktisch und brauchbar, wo sie gut angeleitet wurden. Während dieser „Lehrzeit“ erhielten sie teilweise eine Vergütung, Schulgeld und einen Teil Verpflegung. Nun ist eine Lehrzeit von zwei Jahren festgesetzt für Dinge, die man schon während ihrer Schulzeit schnell begriffen. Manu eine lernt es freiwillig im Leben nicht, sie wird es auch nicht lernen in mehrjähriger Lehre, weil vor allem Lust und praktischer Eifer für Hausführung erforderlich ist.

Die schon angeleiteten Hausgehilfinnen werden vielleicht gerne eine Qualifikation erlangen wollen, aber eine Vergütung von ganzen fünf Mark im Monat während des ersten Jahres und zehn Mark im zweiten Lehrjahr, wie die Sätze der Lehrverträge lauten, muß, milde gesagt, als welterschrecklich, wenn nicht als unmöglich bezeichnet werden. Man kann nur hoffen, daß Arbeiterkinder ihre Kinder einer demotivierten Ausbeutung nicht preisgeben, zumal jede Bürgerschaft fehlt, daß die ausgebildete Hausgehilfin später die Vergütung erhält, die ihr auf Grund ihrer Lehrzeit und Prüfung zuzukommen soll. Das ist die eine Seite. Und die andere? Wer sind die Lehrmeisterinnen? Wie sehen ihre Haushaltungen aus? Sehr viele Haushaltungen werden sich nur aus Sparmaßnahmen gründen einen „Lehrling“ nehmen. Wo es knapp hergeht, kann ein Mädchen nichts lernen, namentlich dort, wo auf „Sparsache“ gesehen wird und Schulgeld im Nachhinein ist! In anderen Haushaltungen, wo die Hausfrau noch außen hin „genial“ erscheint, wo es hinter den Kulissen eben ein gescheitertes Leben ist, wird die Aufnahme eines Haushaltslehrlings nur Vorwand sein, ein Behelf für diejenigen, die sich keine Vollkraft leisten können.

Vorläufig sind die Bestimmungen über die Ausbildung der „Meisterinnen“ noch sehr unklar. Heute gibt es zwei Wege, um diesen Titel zu erlangen: entweder muß man zwei Lehrjahre mit Erfolg ausgeübt haben oder die Hausfrau muß einen Meisterkursus durchgemacht, um sich dann hystischer zur Meisterprüfung zu melden. Die im Königreich Preußen vorgesehene Prüfungsordnung für Hauswirtschaftsmeisterinnen in Preußen stellt die Forderung auf, daß nur solche Hausfrauen zur Prüfung zugelassen werden sollen, die entweder den erfolgreich abgeschlossenen Besuch eines Gymnasiums, einer höheren Mädchenschule, einer anerkannten Mädchenschule nachweisen können oder eine schulpflichtige Prüfung abgelegt haben.

Gegen eine so unrichtige Überforderung des Berechtigungsweises gibt es sich zu wehren. Es ist der Vorbehalt einer Klasse, die das Recht für sich beansprucht, aus der Hand der anderen Klasse Frauen zu nehmen.

Wer sind heute die tüchtigen Hausfrauen? Es ist die ältere Schicht der früheren Hausgehilfinnen. Man konnte sie früher „Dienstboten“ nennen. Es sind die Arbeiter, aus denen sich die Hausarbeiter, Hausbesitzerinnen und Arbeiter ihre Lebenserhaltung holen. Sie alle sind gut mit ihnen gefahren. Die Mädchen hatten etwas Tüchtiges gelernt unter ihrer „Mutter“ in ganz herrschaftlicher. Eine Zeit, die noch nicht die Überflüssigkeiten kannte, die heute die „Zaner“ konsumieren.

Die heutige „Mutter“ hat von früh bis spät in der Nacht ihren außerordentlichen Verpflichtungen, wie sie ihre Tagespflichten nennt. Für sie ist es bequemer, die schwachen Schichten der Hausgehilfinnen mit all dem Material ihres Haushaltes, der ihr nicht „steht“, zu belasten — für fünf Mark monatlich ein ganzes langes Jahr und für ganz viele Jahre ein ganzes Jahr. Der „Lehrling“ darf keine Arbeiter, keine Schuljungen heranzüchten, und wenn er nach zwei Jahren seinen Lehrlings in die Lage setzen möchte, stellt ihm höchstens die Lüge mit lauter dem Kopf. Und wenn er dann als

„geprüfte Hausgehilfin“ den entsprechenden Lohn fordert, wird man ihm die kalte Schulter zeigen und lieber von vorn anfangen mit dem billigeren und (weil er muß) willigeren Lehrling.

Allzu große Bescheidenheit und bescheidene häusliche Verhältnisse hindern die Hausfrauen, die sich aus ehemaligen Hausangestellten rekrutieren, ihre Wirtschaftskunst in den Dienst der Lehrlingsausbildung zu stellen. Aber sie wären die in erster Linie dazu Verufenen. Keineswegs haben die Hausfrauen das Patent, die bis an den Rand mit Schulwissenhaft vollgepfropft sind, die können bestenfalls graue Theorie verzapfen — vielleicht das noch nicht einmal, haben aber in den wenigsten Fällen weder Lust noch Geschick zu praktischer Anleitung eines Lehrlings.

In allen Berufen kränken wir zurzeit stark am Vorkommenssammel. Den Hausfrauenberuf verschone man vor Frauen, die solchen Unfug fabrizieren, wie ihn die derzeitigen Lehrlingsverträge und Meisterqualifikationen aufweisen. Die Hebung und die Anerkennung der hauswirtschaftlichen Arbeit als Beruf ist berechtigt und erwünscht. Aber die jetzigen Forderungen sind überflüssig.

Man kann daher alle Eltern nur warnen, es reiflich zu überlegen, ob es sich lohnt, zwei Jahre lang die Kosten einer Ausbildung zu tragen, die unter Umständen gar keine, sondern glatte Ausnutzung ist, ausgeübt von Hausfrauen, die teils zu bequem sind, ihre Hausarbeit selber zu verrichten, teils nicht in der Lage sind, eine Vollkraft zu bezahlen.

Bettgespräch / Erich Kästner

Hast du, was in der Zeitung stand, gelesen? Der Landtag ist aufs heiligste empört von wegen dem Geburtenrückgang gewesen. Auch ein Minister fand es unerhört.

Auf tausend Deutsche kämen wohl pro Jahr gerade 19 Komma 04 Kinder.

04! Und so was hält der Mann für wahr! Daß das nicht stimmen kann, sieht doch ein Blinder.

Die Kinder hinterm Komma können bloß von ihm und anderen Ministern stammen. Und solcher Dezimalbruch wird mal groß! Und mit zu Ministern zusammen.

Ausfrag ich dich: Was kümmert das den Mann? Er hat als Komma für uns auf und nieder. Es geht ihn einen jeachten Kehrheit an! Mir schläft der Arm ein. So. Nun geht es nieder.

Geburtenrückgang hat er noch gesagt, sei die Geschichte lehr es, Deutschlands Ende, Und deine Fehlgeburt hat er beklagt. Und daß er, daß man abreibt, größlich fände.

Jawohl, wir sollen Kinder fabrizieren. Fürs Militär. Und für die Industrie. Zum Lohneseken. Und zum Kriegverlieren! Sie dich doch vor. Ach so, das war dein Knie.

Ah, komm mein Schatz. Wir wollen ihm eins husten. Dein Busen ist doch wirklich noch famos. Wenn unsre Eltern, was wir wissen, müßten... Wer nicht zur Welt kommt, wird nicht arbeitslos.

Der Kinderreichtum ist kein Kindesegen, Deck uns schön zu. Ich bild' mir ein, es zieht, Komm, laß uns den Geburtenrückgang pflegen! Und lösch die Lampe aus. Des Landtags wegen. Damit er es nicht sieht.

Vom gesundheitlichen Wert der Freude

Ein Mensch ist so stark, wie er freudig sein kann, sagte einmal der große Arzt und Neuropathologe Carl Ludwig Schleich. In diesem Ausspruch kommt eine tiefe Erkenntnis unseres Lebensbedingtes zum Ausdruck. Unentbehrlich ist die Freude für die körperliche und seelische Gesundheit. Sie ist eine Lebenskraft und eine unerschöpfliche Arbeitskraft. Vergewissern wir sich, wie die Freude ein förderlich in Erscheinung tritt, wie sie das Herz, die gesamte Muskulatur zu erhöhter Tätigkeit anregt, so daß man vor Freude springen mag, wie der Atem rascher geht, wie selbst in ein begrenztes, blaßes Gesicht frische Röte steigt, so wird man an dem unmittelbaren Lebenswert der Freude nicht zu zweifeln brauchen.

In wunderbarer Weise offenbart sie sich geistig-seelisch in einer Steigerung der Vorstellungsvermögen, einer Erschöpfung des Gedächtnisses und einer befehlenden Empfindung von Lust am Leben. Viele Zusammenhänge helfen sich plötzlich auf, manche Einsicht kommt; was lange unverständlich blieb, was man lange ignoriert, das kommt man nicht fertig werden konnte, erscheint plötzlich einleuchtend. Ist sich unter dem Einfluß der Freude.

Es ist nun einmal Tatsache, daß das moderne Leben sich unter hundert Umständen abspielt. Dieses Leben in seiner Anpassung erzwingt eine eigenartige „Anpassung“, die nur wenigen unbekannt bleibt. Die große Freudeverweigerung der Menschheit! Sie ist die Antwort auf eine Anzahl von Schädigungen des Nervensystems. Die Grundstörungen der Gesundheitspflege, Keimlichkeit, Unruhe und ganz Ernährung beruht man gewöhnlich lediglich in Bezug auf den Ausmaß der Verdauungsvorgänge körperlicher Schädlichkeiten. Aber es ist ein „Stress“ in uns, das was sich jenseits läßt, das uns locken und transzendent lieben, glücken und hoffen macht. Unsere Seele, und sie braucht ihre Gesundheitspflege.

In demselben Augenblicke können wir hoffnungslos und traurig. Die seelische Forderung aber, das hat unsere Gedanken, Güte und freundliche Gedanken kramt die Seele zu ihrem Geborgen. Es würde belächelt und aufgezogen wie raktia erwählte

Nahrung. Und wie der Körper durch unaufrichtige Kost geschädigt wird und er viel gesunde Kraft verbrauchen muß, um sich jenseits wieder zu erholen, so wirken Nörrerei, Verbitterung, alle Wehanken, die die Freude nicht aufkommen lassen, zerstörend auf unsere Seele ein. Selbst gewissenhafteste Befolgung gesundheitslicher Ratschläge bringt nur halben Nutzen, wenn nicht die treibende Kraft der Freude mitspricht.

Dies zu wissen genügt aber nicht, immer aufs neue muß die Freude betätigt werden, soll sie uns wirklich beleben. Nur vollkommene Gesundheit das beim Kinde, das bei der Tätigkeit des Spiels selig und heiter bleibt und keines besonderen Anlasses zur Freude bedarf. Während aber mit dem Beginn der Schulpflichten alle Neigung zu Angst und Traurigkeit zum Durchbruch kommt, schwindet die Freude immer mehr. Als Erwachsene müssen wir von neuem lernen, was das gesunde Kind in vollkommener Weise uns täglich vorlebt — wir müssen lernen uns zu freuen.

Doch sind die Dinge, die uns die Freude vermitteln, nicht zu verwechseln mit Vergnügungen und Gemüßen aller Art. Tiere können genießen, aber nur Menschen heiter sein. Finden wir unsere Freude in der einfachen Erfüllung der täglichen Pflichten, so braucht kein Tag zu vergehen an dem wir uns nicht freuen haben. Ist man in seinem Innern bereit, sich zu freuen, so ist auch eine Kleinigkeit imstande, uns Freude zu gewähren. Und wenn Trübseligkeit und Nihilismus uns erfassen wollen, so gewöhnen wir paar Stunden in freier Natur ein Wiederfinden mit sich selbst. Auf diese Weise betätigen wir uns in der Fähigkeit, uns immer aufs neue zu freuen. Die Freude wird zur täglichen Wirklichkeit, sie vertritt sich in uns und führt schließlich zu einer hohen Menschlichkeit, aus der allein die starken Kräfte strömen, die die Not der Seele und des Körpers zu meistern imstande sind.

Brauen wir uns, worin denn Menschlichkeit mit ihrer starken Macht eigentlich beruht, so erinnern wir uns an einen Ausspruch Goethes der heißt: „Der wahre Mensch ist die Menschheit.“ Es ist wohl damit gemeint, daß erst dann der Mensch seine ganzen Kräfte einsetzt, so daß er sich selbst helfen kann, wenn er sein eigenes Leben über sich selbst hinaus erweitert und es auch in den Dienst anderer zu stellen weiß. Solchen wahren Menschen erschließt sich im Freudenpenden eine unverfälschte Quelle der Freude.

Reich sind die Mittel, die dem Menschenfreude hierbei zur Verfügung stehen. Ein gutes Wort, ein ermunternder Blick zur rechten Zeit, eine hilfreiche Tat, ein Verstehen hier, ein Verzeihen dort. Verläßt das Dunkel der Nacht, strebt dem Lichte zu, so sagen wir uns auch in dieser Zeit der Sonnenwende.

Verlassen wir das Dunkel der inneren Unzufriedenheit des Herzmühsens mit dem Geschick und mit uns selbst, streben wir der Freude zu, indem wir lernen sie zu finden in der schlichten Erfüllung der täglich an uns herantrübenden Aufgaben, indem wir lernen, sie zu finden in dem, was die Natur ohne Unterschied jedem spendet, und im Dienst an anderen Menschen, im Freuden bereiten.

Dr. Della Rella

Eure Sorgen möcht' ich haben...

Wir leben in der großen Vorkriegszeit, die es sich leisten können, machen jährlich eine Anzahl großer Välle mit. Darüber freuen sich naturgemäß die besten Damenschönheiten. Für diese bedeuten die ersten Monate des Jahres „Gesellschaft“. Die Damen der „Gesellschaft“ zerstreuen sich die Köpfe über Kleidung, Ausstattung usw. Welche Dinge bei allem in Betracht kommen, davon macht sich der gewöhnliche Sterbliche keinen Begriff. Man muß schon an Zeitungen wie den Modenspiegel greifen, um davon eine Ahnung zu bekommen. In der Nummer 5 dieser Wochenchrift lesen wir:

„Zum vollendeten Bild der Gesellschaftsfräule sind die modischen Attribute notwendig. Wichtig ist zuerst die Frisur. Die Haartracht des „Plappers“ — das halblange Haar — gehört nicht mehr in das modische Bild. Die Frisur macht auch am Abend den Eindruck des kurzen Haars, mit rückseitigen Locken, garten Weiden, Stirnhaar... oder aber sie beruht aus einer Perücke von Silberfäden (es können auch Goldfäden sein), falls diese zu dem Abendkleid paßt. Ein schlichtes Band mit Steinen oder ein anderer glänzender Schmuck unterbricht die Wellen des Haars. Zu den eleganten Abendkleidern werden vielfach künstliche Brillanten, Smaragde und andere künstliche Edelsteine getragen. In dem Palliat werden kleine wertvolle Schmuckstücke getragen. Daß sie nicht etwa bis an den Rand vollgestopft sein dürfen, sondern daß sie flach sein müssen, verleiht sich von selbst. Zu den Attributen der Eleganz zählen ferner die feinen feinen Toilettengegenstände, deren sich die Dame bedient, ehe sie den Ball besucht. Das Porzellan ist unentbehrlich mit dem Abendkleid verbunden. Seine vornehme und diskrete Note bekommt es, wenn es durch einen feinen Schmuck der Trägerin vermittelt wird. Der Finger soll auf Fein und Haarfarbe abgestimmt, doch nicht allein sorgsam getönt sein. Er muß „sitzen“. Man darf ihn ahnen, aber nicht sehen. Da wird die Dame gut tun, ihn entsprechend zu mischen und aufzutragen.“

Die mag sich manches Gehirn einer reichen Modegans über all diese Dinge germaßen. Geld scheint dabei weniger eine Rolle zu spielen. Anders ist es bei den Millionen Frauen des arbeitenden Volkes. Diese müssen sich mit billigen Kleidern begnügen, wenn sie überhaupt einen Ball mitmachen in der Lage sind. Nicht es doch bei den meisten nicht einmal an dem notwendigen Man denke nur an die Frauen der Arbeitslosen. Wirt man aber obige Strauß, dann möchte man in den Resten eines Berliner Humoristen einstimmen:

Eure Sorgen möcht' ich haben, Und dazu das Geld von Nord. Wenn ich eure Sorgen hätte, Wären meine Sorgen fort!

Der Morgen ist ein frischer Anfang. Wir beginnen langsam anzuwachen. Wir haben es ganz in unserer Hand. Wir aber die Morgen mit uns in irischen Anson kommt es tollt, das Gehirn Gehirn bleiben und mit nichts mehr mit ihm zu tun haben. Es handelt sich darum die alte Kunde dieses neuen Tages mit all ihrem Rhythmus und Klang mit all ihren Höhen für die Eingekerkerten Möglichkeiten zu benützen.

Die christlichen Leute

Ein Amerikaner brütet sich: „Wir sind ein eheliches Volk. Aus unserer Mitte ist George Washington hervorgegangen, der nicht lügen konnte.“ Darauf mediert ein Wegweiser: „Ach, häßlich, das ist noch gar nicht. Wir Sachsen, wir können lügen, bloß wir dürfen nicht.“

Surstbare Ahnung

Manchmal lacht etwas. Sie hüpfen alles um und um. Sie stellen die Wohnung auf den Kopf. Den ganzen Vormittag sucht sie es George, ihr Mann, mittags und dem Büro kommt und fragt: „Manch, was suchst du denn?“ „Ich hatte noch einen Kopf von Fante. Von Fante. Von Fante. Von Fante.“ „Manch, was suchst du denn?“ „Ich hatte noch einen Kopf von Fante. Von Fante. Von Fante. Von Fante.“ „Manch, was suchst du denn?“ „Ich hatte noch einen Kopf von Fante. Von Fante. Von Fante. Von Fante.“

Demokratie oder Diktatur?

Diese Frage beschäftigt immer wieder die deutsche Arbeiterschaft, denn die Kommunisten gehen mit der Behauptung freib, daß ihre Politik, ihre Taktik und ihre Forderung nach Diktatur reiner, unverfälschter Marxismus sei. Um der Wahrheit zu dienen und die Arbeiter vor Irrlehren zu bewahren, folgen hier die programmatischen Stellen aus dem kommunistischen Manifest, das von Karl Marx und Friedrich Engels als Programm des „Bundes der Kommunisten“ entworfen wurde und noch vor 1848 als Kampfprogramm in den Besitz der aufstrebenden Arbeiterklasse überging. Marx wählte den Namen „Kommunisten“ als Allgemeinbezeichnung. Im Manifest heißt es: „Die Kommunisten sind keine besondere Partei gegenüber den anderen Arbeiterparteien.“ Im zweiten Teil legt Marx Programm fest, die noch heute ihre volle Gültigkeit haben. Es heißt da:

„... Doch lassen wir die Einwürfe der Bourgeoisie gegen den Kommunismus. Wir haben schon oben, daß der erste Schritt in der Arbeiterrevolution die Erhebung des Proletariats zur herrschenden Klasse, die **Erkämpfung der Demokratie** ist.“

Das Proletariat wird seine politische Herrschaft dazu benutzen, der Bourgeoisie nach und nach alles Kapital zu entreißen, alle Produktionsinstrumente in den Händen des Staates, das heißt des als herrschende Klasse organisierten Proletariats zu zentralisieren und die Masse der Produktionskräfte möglichst reich zu vermehren

Das ist Marx' Vermächtnis. Man staunt nur über die Dreistigkeit der Kommunisten, ihr Tun marxistisch zu nennen und unter diesem Schein blamäffig-bakunistische Revolutionsromantik, auf deutsch, wild gewordene Spießbürgererei zu treiben.

„Augen auf!“

Als der Verband der deutschen Berufsgenossenschaften im Frühjahr 1929 die Reichs-Unfallberühmungs-Woche (Ruwo) veranstaltete, war die Zahl der Unglücklichen groß. Wenn man freilich erfährt, daß durch diese Veranstaltung 971 000 Besucher von Vorträgen, Ausstellungen usw. erreicht wurden, wozu noch 603 000 Besucher von Filmvorführungen kommen, wenn man weiterhin weiß, daß viele tausende Lichtbilder, viele hunderte Filme verbreitet wurden, wenn man bei alledem berücksichtigt, daß nur ein Teil der Ruwo-Ortsausschüsse Berichte einreichte, so kann man sich ein einigermaßen zutreffendes Bild von der Wirkung jener großartigen Unfallberühmungswoche machen. Von den Ruwo-Ortsausschüssen, die über ihre Tätigkeit berichteten, haben 94 von ihnen Erfolg als „sehr gut“ und nur 6 von ihnen als „ausreichend“ bezeichnet. Es wurde auch die erstaunliche Zahl von fast 8 Millionen Broschüren erreicht, die im ganzen Deutschen Reich an das Publikum verteilt wurden.

Sowohl haben die statistischen Ämter einiger Städte ihre Mitteilungen über Verkehrsunfälle im Jahre 1929 veröffentlicht. Es ist ein erschütterndes Zusammenreffen, daß die drei ersten vorliegenden Mitteilungen von Berlin, Magdeburg und Weismünde trotz erheblicher Steigerung des Verkehrs und Zunahme der Kraftfahrzeuge einen Stillstand oder gar ein geringes Zurückgehen in den bisher seit Jahren ununterbrochen, zum Teil sprunghaft emporkletternden Reihen der Verkehrsunfälle feststellen. Ein abschließendes Urteil wird man erst nach Vorliegen der Reichsstatistik abgeben können, die jedoch erst später zu erwarten ist. Immerhin lassen diese Zahlen in diesen Städten, in denen die Ruwo mit Erfolg durchgeführt wurde, Rückschlüsse darüber zu, daß ein Teil des Erfolges auf das Konto der Ruwo und ihrer Broschürenwerbung und das durch sie gesteigerte Verantwortungsgefühl im Verkehrsleben zurückzuführen ist. Die Ruwo-Broschüre, die besonders Verkehrsunfälle behandelt, „Augen auf! Das Wächlein zur Unfallberühmung für jung und alt“, wird nunmehr vom Verband der deutschen Berufsgenossenschaften gemeinsam mit der Deutschen Verkehrswoche und in Verbindung mit der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft in völlig neuer Gestalt herausgegeben; der geringe Preis von 15 Pf. das Stück macht es jedermann möglich, sich selbst, für seine Angehörigen und besonders für seine Kinder dieses Faches anzuschaffen. Die noch erheblich verbilligten Preise beim Massenbezug (bis zu 11 Pf. das Stück) geben die Möglichkeit, unter den Belegschaften von Fabriken, insbesondere auch von Verkehrsunternehmen, vor allem auch in den Schulen, in den Fortbildung-, und Volksschulen sowie allgemein im großen Maßstab dieses Faches an das breite Publikum zu verbreiten. Bestellungen vermittelt die Unfallberühmungs-G. m. b. H. beim Verband der deutschen Berufsgenossenschaften, Berlin W 9, Köthenerstr. 37.

Es sei nochmals daran erinnert, daß die bisher in der öffentlichen Meinung so heimlich behandelte Unfallberühmung wohl die gleiche Beachtung verdient wie die Bestrebungen hygienischer Volksaufklärung. Sind es doch 24 000 Tote, die wir jährlich durch Unfälle verlieren! Wenn man bedenkt, daß wir im Jahre 1928 erst knapp 500 000 Kraftfahrzeuge in Deutschland hatten, während im Jahre 1929 1 214 000 Kraftfahrzeuge gezählt wurden, so kann man sich bei Fortgang dieser Steigerung selbst ausrechnen, wie unser Verkehrslinienhaft anschwellend immer mehr Opfer fordern muß, wenn nicht die notwendigen Abwehrmaßnahmen einsetzt. Die ausichtsreichste Unfallberühmung im Verkehrsleben ist jedoch die Hebung des Verantwortungsbewußtseins, die Steigerung der Verkehrsordnung, die Förderung der Verkehrsgewandtheit. Diesem Ziele strebt das Fache „Augen auf!“ zu. Es ist mithin Pflicht, daß für seine Verbreitung Sorge getragen wird.

Modetorche ten

Das vom Hauptverband deutscher Krankenkassen im Anschluß an sein Institut für Frauenkunde geschaffene Volksmuseum zeigt in kindlichen Farbtönen die Entwicklung der Frauenmode mit all ihren Auswüchsen vom Altertum bis zur jüngsten Zeit in den letzten Jahren ist es der Frau — im Gegensatz zum Manne — gelungen, sich eine gesundheitsgemäße und anständige Kleidung zu schaffen. Trotzdem gibt es auch heute noch Modetorche ten die der Gesundheit preisgegeben und dadurch bekämpft werden sollten: hohe Absätze, die ein festes und sicheres Auftreten verhindern und die Ursache zahlreicher Unfälle sind, ausgemittelte Schuhe aus hartem Spanatleber und dünne seidene Strümpfe in Kälte und kalte, unangenehme Unterbekleidung unter den kurzen Röcken um die schlaue Linie zu bewahren. Und die Folgen? Frostwunden an den Füßen, im letzten Winter sogar ericorene Glieder und vor allem Lungenkrankheiten verschiedener Art. Ob die durch breite Belege und betonte Verschiebung des Schwerepunktes nach oben unterstützt wird, soll hier nicht untersucht werden. Entscheidend ist die Frau von heute kein für Männerblinde ausgestelltes Schicksal, sondern ein fest auf dem Boden stehender (?) zielbewusster Mensch.

Wie errechne ich die Krisenunterstützung?

Tabelle 1. Zur Berechnung der Arbeitslosenunterstützung

(Nachschreiben und aufbewahren!)

Wochenberechnung des letzten Vierteljahres vor dem Eintritt der Arbeitslosigkeit	Lohnklasse	Einheitslohn als Grundlage für die Berechnung	Die Hauptunterstützung beträgt für die eigene Person:		Familienzuschlag für jeden zuschlagsberechtigten Angehörigen	Die Gesamtunterstützung beträgt				
			in % vom Einheitslohn	ausgerechnet in M		mit 1	mit 2	mit 3	mit 4	mit 5 und mehr
						Angehörigen				
bis 10,—	I	7,50	75	6,—	0,40	6,40	6,40	6,40	6,40	6,40
10,01—14,—	II	12,—	65	7,80	0,60	8,40	9,—	9,80	9,80	9,80
14,01—18,—	III	16,—	55	9,60	0,80	10,40	11,20	12,—	12,—	12,—
18,01—24,—	IV	21,—	47	11,82	1,05	12,87	14,02	14,07	15,12	15,12
24,01—30,—	V	27,—	40	14,40	1,35	15,75	17,50	17,55	18,70	18,70
30,01—36,—	VI	33,—	40	18,20	1,65	19,85	21,50	21,55	22,70	22,70
36,01—42,—	VII	39,—	37,5	21,98	1,95	23,93	26,25	26,30	27,45	27,45
42,01—48,—	VIII	45,—	35	26,25	2,25	28,50	31,00	31,05	32,20	32,20
48,01—54,—	IX	51,—	35	31,50	2,55	34,05	37,00	37,05	38,20	38,20
54,01—60,—	X	57,—	35	37,80	2,85	40,65	43,50	43,55	44,70	44,70
60,01 und mehr	XI	63,—	35	44,10	3,15	47,25	50,50	50,55	51,70	51,70

Tabelle 2. Zur Berechnung der Krisenfürsorge

Wochenberechnung des letzten Vierteljahres vor dem Eintritt der Arbeitslosigkeit	Lohnklasse	Einheitslohn als Grundlage für die Berechnung	Die Hauptunterstützung beträgt für die eigene Person:		Familienzuschlag für jeden zuschlagsberechtigten Angehörigen	Die Gesamtunterstützung beträgt					Verpflichtete Angehörige nach % vom Einheitslohn Spalte III	Unberücksichtbarer Höchstbetrag und zugleich Bedarfssatz als Grundlage für Bedürftigkeit
			in % vom Einheitslohn	ausgerechnet in M		mit 1	mit 2	mit 3	mit 4	mit 5 und mehr		
						Angehörigen						
bis 10,—	I	7,50	75	6,—	0,40	6,40	6,40	6,40	6,40	6,40	4,00 = 4,—	6,40
10,01—14,—	II	12,—	65	7,80	0,60	8,40	9,—	9,80	9,80	9,80	4,00 = 4,80	9,80
14,01—18,—	III	16,—	55	9,60	0,80	10,40	11,20	12,—	12,—	12,—	5,00 = 5,60	12,—
18,01—24,—	IV	21,—	47	11,82	1,05	12,87	14,07	15,12	15,12	15,12	6,00 = 6,90	15,12
24,01—30,—	V	27,—	40	14,40	1,35	15,75	17,50	17,55	18,70	18,70	6,75 = 6,75	17,55
30,01—36,—	VI	33,—	40	18,20	1,65	19,85	21,50	21,55	22,70	22,70	8,25 = 8,25	21,45
36,01—42,—	VII	39,—	37,5	21,98	1,95	23,93	26,25	26,30	27,45	27,45	9,50 = 9,50	24,88
42,01—48,—	VIII	45,—	35	26,25	2,25	28,50	31,00	31,05	32,20	32,20	9,— = 9,—	27,—
48,01—54,—	IX	51,—	35	31,50	2,55	34,05	37,00	37,05	38,20	38,20	—	—
54,01—60,—	X	57,—	35	37,80	2,85	40,65	43,50	43,55	44,70	44,70	—	—
60,01 und mehr	XI	63,—	35	44,10	3,15	47,25	50,50	50,55	51,70	51,70	—	—

Um dem Arbeitslosen die Möglichkeit zu geben, sich selbst die Krisenunterstützung aus- und nachzurechnen, sind diese übersichtlichen Tabellen zusammengestellt. Will der Arbeitslose wissen, was er zu erhalten hat, muß er beide Tabellen vergleichen.

Er kann nach der Tabelle 2 feststellen, in welche Lohnklasse der Krisenfürsorge kommt und im Falle der Auslieferung . . . kann auch den Satz feststellen, den er erhalten muß, falls keine mitberdienenden Angehörigen vorhanden sind.

Sind mitberdienende Angehörige vorhanden, so sind für die Berechnung folgende Bestimmungen zu beachten.

Ich muß wissen: Welches ist der Höchstlohn, der für die Berechnung zugrunde gelegt wird?

Wie berechne ich den Bedarfssatz (Steigerungssatz) für Angehörige?

50 % des Nettoverdienstes der Angehörigen bleiben frei.

Nehmen wir als Beispiel eine Familie mit Vater, Mutter, einem Kind und einem erwachsenen Sohn; letzterer hat einen Verdienst von 50 M pro Woche. Der Vater ist arbeitslos.

Er erhält bei einem Verdienst von 48 bis 54 M pro Woche bei einem Einheitsverdienst von 51 M pro Woche 22,55 M Arbeitslosenunterstützung (siehe Tabelle Arbeitslosenunterstützung Klasse 9, Spalte 8). Da er ausgerechnet ist, hätte er, wenn keine mitberdienenden Angehörigen vorhanden wären, zu erhalten 18,58 M Krisenunterstützung (siehe Tabelle Krisenunterstützung Lohnklasse 7, Spalte 8).

Die amtliche Berechnung ist nun folgende:

- unüberschreitbarer Höchstlohn nach Lohnklasse 7 Sp. 13 24,88 M
- für die Mutter 22 % vom Einheitslohn Sp. 12 . . . 8,58 M
- für das Kind 22 % vom Einheitslohn Sp. 12 . . . 8,58 M
- für den erwachsenen Sohn mit Verdienst . . . 8,58 M

Einkommensberechnung:

Verdienst des Sohnes	50,— M
50 % bleiben frei	25,—
von den verbleibenden abziehen laut Bedarfssatz	25,—
vom Gesamtverdienst fügen	18,42 M
Verdienst des Sohnes abzüglich obige	31,58 M
dazu b. Satz d. Krisenfürsorge lt. Tab. Sp. 8	18,58 M
	50,16 M

Da nur eine Bedürftigkeit von 50,16 M errechnet wurde ist der zu zahlende Satz von 18,58 M um den über die obigen Betrag von 1,99 M (= 52,11 abzüglich 50,16 M) zu fügen.

Es wird eine Unterstützung von 16,54 M gezahlt.

Einfache Berechnung (Chemnitzer Arbeitsamt) die ich fast auf alle Fälle anwenden läßt:

Daselbe Beispiel wie oben:

- unüberschreitbarer Höchstlohn 24,88 M
- für die Mutter 22 % vom Einheitslohn (39,—) 8,58
- das Kind 22 8,58
- 50 % vom Verdienst des Sohnes 25,—

Somit diesem Bedarfssatz 52,11 M

abziehen der volle Verdienst des Sohnes 50,—

Dieser Betrag ist anzuzahlen: 16,54 M

und enthält schon die Kürzung von 1,99

Würde bei einem Beispiel nach Abzug des vollen Lohnes kein Nettobehalt mehr verbleiben, so liegt auch keine Bedürftigkeit vor.

Der Verdienst von 50 M kann nur angerechnet werden, wenn der Betrag höher als der Bedarfssatz ist. Würde in obigem Beispiel das nichtberdienende Kind oder die Mutter zum Beispiel 15 M pro Woche verdienen, so ergäbe sich folgende Berechnung:

- unüberschreitbarer Höchstlohn 24,88 M
- für die Mutter 22 % vom Einheitslohn 8,58
- das Kind 22 8,58
- 50 % vom Verdienst des Sohnes 25,—

Bedürftigkeit 66,54 M

Da die Hälfte des Verdienstes der Mutter 7,50 M ist unüberschreitbar der Bedarfssatz zu rechnen.

Einkommen: Verdienst des Sohnes 50,— M

der Mutter 15,—

Bedürftigkeit ab Einkommen 66,54 M

Unterstützung: 1,64 M

Die amtliche Berechnung ergibt dasselbe. Der Arbeitslose muß aber auch wissen, wer ist Angehöriger, für den ein Bedarfssatz angerechnet wird.

Angehörige sind:

- Ehegatte des Arbeitslosen.
- Seine Eltern und Voreltern.
- Abkömmlinge (eheliche und für ehelich erklärte Kinder, Adoptivkinder, uneheliche Kinder im Verhältnis zur Mutter).
- Kindeskinder.
- Geschwister, soweit sie keine eigenen Einnahmen haben.

Verpflichtung ist, daß sie im gleichen Haushalt des Arbeitslosen leben.

Es gibt also eine Alimentationspflicht in auf- und absteigender Linie, aber keine der verdienenden Geschwister unter sich. Ist der Vater oder die Mutter arbeitslos, so sind deren Voreltern bis zu dem Kindesalter alimentationspflichtig mit ihrem Einkommen, sofern sie im gleichen Haushalt leben.

Ist ein Sohn oder eine Tochter arbeitslos, so sind Geschwister mit eigenem Einkommen (außer größerem Vermögen) gegenseitig nicht alimentationspflichtig.

Für arbeitslose Geschwister (keine Begrenzung der Zahl, auch wenn 10 Angehörige vorhanden) wird aber der Bedarfssatz von Spalte 12 (Krisenfürsorgetabelle) eingezogen. Dafür ein Beispiel:

Die Familie besteht aus: Vater mit einem Verdienst von 60 M pro Woche brutto, 52 M netto; Mutter verdient durch Heimarbeit 5 M pro Woche netto; 1 schulpflichtiges Kind; 1 Schwester mit 25 M Nettoverdienst pro Woche.

Der Sohn ist arbeitslos und hatte einen Bruttoverdienst von über 60 M pro Woche. Der arbeitslose Sohn wird nach Spalte 11 (Arbeitslosentabelle) nach Klasse 8 (Krisenfürsorgetabelle) berechtigt. Seine Unterstützung wäre 15,75 M, wenn keine verdienenden Angehörigen vorhanden wären. Berechnung:

unüberschreitbarer Höchstlohn Spalte 13 Kl. 8 . . .	27,— M
20 % nach Spalte 12 für die Mutter . . .	9,—
20 % . . . 12 % schulpflichtiges Kind Kl. 8 . . .	9,—
die verdienende Schwester abgelesen aus . . .	—
50 % vom Verdienst des Vaters . . .	29,—
Bedürftigkeit:	71,— M

Einkommen: Nettoverdienst des Vaters 52,— M

der Mutter 5,—

Verdienst der Schwester abgelesen aus da sie nicht alimentationspflichtig —

Gesamteinkommen: 57,—

errechnete Bedürftigkeit 71,— M

abzüglich Einkommen 57,—

ergibt auszureichende Unterstützung 14,— M

Der Sohn bekommt also nicht 15,75 M sondern nur obigen Betrag auszureichend.

Amliche Berechnung wie oben 27,— M

Vater 9,—

Mutter 9,—

schulpf. Kind wie oben 9,—

Schwester abgelesen aus —

Bedürftigkeit 64,— M

ab Einkommen: Nettoverdienst des Vaters 52,— M

ab 50 % 26,—

ab Bedarfssatz 9,— 35,— M

Bedürftigkeit 17,— M

Verdienst der Mutter da schon 9,— M angerechnet 5,— M

Unterstützung ab 15,75 M

ab Einkommen 66,75 M

ab Bedarfssatz 51,—

1,75 M

Die Unterstützung von 15,75 M ist um 1,75 M zu kürzen es verbleibt 14,— M auszureichende Unterstützung wie oben.

Diese Beispiele sollen sich veranschaulichen und werden schwieriger wenn der Arbeitslose oder Angehörige fremde Dienste. Es würde ebendies zu weit führen, im Rahmen dieses Artikels darauf einzugehen.

Otto Schulze



Verbandsleben



Seid Kollegen!

Wenn der Mann, der in der Werkstatt neben uns steht, durch Lebensführung und vorbildliches Verhalten als Nebenarbeiter und eine solche Achtung abträgt, daß wir ihm vorbehaltlos vertrauen und bedenkenlos mit ihm „am gleichen Strang“ ziehen können, dann kann man ihn wohl Kollege nennen. Waren wir uns in diesem Sinne einander Kollegen, dann würden wir uns die Arbeit erleichtern und den alltäglichen Kleinkrieg zwischen Arbeit und Kapital besser bestehen.

Die verschiedenartigen Meinungen über politische und gewerkschaftliche Richtungen und die jeweilige persönliche Einstellung zu diesen Fragen sind gewiß Brüststeine für das kollegiale Verhältnis der Kollegen. Und das Vorhandensein verschiedenartiger Weltanschauungen kann in einer Belegschaft, wo explosive Naturen und Projizionsfälle vertreten sind, das kollegiale Verhältnis ungünstig beeinflussen. Seider werden wir es kaum erleben, daß wir wenigstens in den weltanschaulichen Fragen einmal eines Sinnes werden. Aber ich meine, wer sich selbst auf Grund seiner Erfahrungen und seines Denkens eine ernsthafte Weltanschauung gebildet hat und deshalb von anderen nicht mißachtet werden möchte, der sollte auch in kluger Erkenntnis menschlicher Schwächen und Unvollkommenheit ehrliche Meinungen anderer ernst nehmen und sie deshalb nicht weniger achten, falls sie als Nebenarbeiter sonst einwandfrei sind.

Eine leidenschaftslos sachliche Auseinandersetzung kann Meinungsverschiedenheiten klären, kann belehrender kann überzeugen und Früchte tragen. Und wer sich in diesen Dingen ein jauchendes lokales Denk- und Redeweise befleißigt, der wird auch im Verkehr mit seinen Kollegen — auch in heißen Tagen — einen Ton annehmen, der nicht verlegt und einem Mitmenschen förderlich ist. Wir wissen alle, daß Einigkeit stark macht. Aber wenn wir in dieser Erkenntnis nach Einigkeit streben, dann müssen wir uns vor allem sagen, daß nur das gute Einverständnis von Mann zu Mann der Boden ist, auf dem Einigkeit gedeihen kann. Und gutes Einverständnis ist nur möglich, wenn jeder einzelne sich in strenger Rucht hält.

Der Quell der Freuden, aus dem der Arbeiter schöpfen kann, fließt für ihn nicht allzu reichlich. Es wird ihm im Zeichen der Stoppuhr und der Rationalisierung immer schwerer, seiner Arbeit ein bißchen Freude oder Befriedigung abzurufen. Drängende Vorgesetzte können dann noch ein bißchen tun, um den Arbeitsraum mit einer Atmosphäre zu laden, die von Bitterkeit geschwängert ist, so daß keine harmlose Ursachen explosiv wirken und manchmal üble Folgen haben. Wenn die Arbeit unter solchen erschwerenden Umständen verrichtet werden muß, ist die Forderung: Nerven behalten! an jeden einzelnen Arbeiter besonders nachdrücklich zu stellen. Das ist allerdings leichter zu fordern als zu erfüllen, wird mancher denken. Und er hat Recht. Wenn man bedenkt, wie heute allein schon das Arbeitstempo die Nerven erregt, wie leicht einem Arbeiter in jeder Sekunde „der Soul durchgeht“, wenn ihm zum Beispiel plötzlich ein Werkzeug fehlt, das er gerade braucht, das eben noch da war, das ihm ein anderer ungelegen weggenommen — beileibe nicht gestohlen hat, das er nun suchen muß. Zeit damit verstreift, die er dann wieder einholen muß. Wie oft solche Fälle, die von der Unvernunft als Kleinigkeiten abgetan oder gar belacht werden, die aber in Wirklichkeit eine Unsumme von Ärger und Qual darstellen, oft vorkommen, weiß jeder. Wie leicht könnten sie vermieden werden.

Wer da weiß, wie schwer, wie geradezu unmöglich es ist, zum Beispiel hygienische Selbstverständlichkeiten, deren Durchführung und Beachtung für jeden Einzelnen eine Wohltat wäre, bei einer Belegschaft Geltung zu verschaffen, der verpicht sich nicht viel von der Wirkung dieser wenigen Zeilen. Denn die Arbeiter, die das Gelegte beherzigen sollten, lesen nicht. Müdigkeit und Willensschwäche sind heute bei den Arbeitern erschreckend groß. Auch da, wo es sich um die Erhaltung der eigenen Gesundheit und Arbeitssicherheit handelt, vorantritt natürlich mehr oder weniger die Schwermut. Eben's hinsichtlich des Verhaltens des einzelnen gegenüber übertriebenen Zumutungen der Vorgesetzten betreffs Leistung und Leistung. Seine persönlichen Vorgezogenen darf man, muß man auch in Krisenzeiten — auf die Form kommt es an. Die Angst vor dem Abbau darf nicht in Paniklosigkeit ausarten. Seine Pflicht tun, sein Pensum erfüllen soll jeder und muß jeder. Aber sonst für einen Teil, daß die Arbeit nicht zur Qual und der Arbeitsraum nicht zur Hölle wird. Die Anspitzigkeit, schnell wieder wo anders Arbeit zu bekommen, hundert jeden an seinen Platz. Seid Kollegen! Kollege sein heißt Mann sein im besten Sinne des Wortes. Und kollegial handeln heißt menschlich handeln in allen Dingen. Und dieser Dinge gibt es in den acht Stunden des Mitmenschenarbeitens unendlich zu angeordnetlich viele.

Die wissenschaftliche Zeitmessung sei nicht geschmäht; aber ich sage nichts Neues mit der Feststellung, daß die maßbräutigste Anwendung der Stoppuhr dem Kapital, dem Werk, der Allgemeinheit nicht weniger schadet als dem Arbeiter. Sie ist, zum erheblichen Teil wenigstens, nur möglich durch Gewaltwillkür der Arbeitgeber. Was soll man von dem Arbeiter denken, dessen „Stolz“ es nicht zuläßt, daß ihm ein anderer in der Leistung ebenbürtig oder gar überlegen ist? Der als „Zuschütter“ gelten will und daher mit allen Mitteln die gewöhnlichen Zeiten zu unterbieten sucht? Was dann zur Folge hat, daß die Herstellungzeit für das betreffende Werkstück so knapp bemessen wird, daß keine einwandfreie Arbeit mehr geleistet werden kann. Daß oft Randarbeiten notwendig werden, deren Kosten die Entlohnung aus dem Maßstabe übersteigen. Daß übertriebene Qualitätsanforderungen nach längeren Stunden sich als Fehler einer überhöhten Werkstoffausnutzung erweisen usw. Oder daß „geschickte“ wird, was genau so ungeschicklich und unzulässig ist. Ein solcherart Erstickung des Stützpunktes ist weder dem Werk noch dem Arbeiter noch dem Käufer des Produktes gebührt. Scharf sind die „Stopper“ und die maßbräutigsten Arbeiter gewarnt.

Der willkürliche Kollege verweigert und verweigert seine einwandfreie Arbeit, nur auch die Zeit, die er dazu braucht, nur gewöhnlich ist er für gewöhnlich ein „Höfler Herr“ zu sein, aber es fehlt ihm das wahre Gesicht und das, was man mannschaftlich nennt.

Gutes Beispiel, menschliches Verhalten, unerschütterliches Festhalten in der Werkstatt zu sein, sei das Streben aller Arbeiter. Dann werden sie Kollegen sein. F. J. Fläysenbauer

Gewerberat und Arbeitszeitverordnung

Bekanntlich ist die Arbeitszeitverordnung in den gewerblichen Betrieben der Gewerkschaftsbehörde unterstellt. Man sollte deshalb annehmen, daß die Beamten dieser Behörde auch mit der A.B.Z. völlig vertraut sind und dementsprechend Anordnungen treffen. Daß dieses nicht immer der Fall ist, zeigt folgender Fall:

Der Gewerberat V. des Regierungsbezirks A., dem auch die Betriebe in B. unterstellt sind, weckte anfänglich einer Unfalluntersuchung im Betriebe der B. in B. Bei dieser Gelegenheit wurde von der Betriebsvertretung Beschwerde über die Anordnung von Überstunden und Nichtbeachtung der A.B.Z. durch die Betriebsleitung geäußert. Der Gewerberat ließ sich den Tarifvertrag des Betriebes vorlegen und erklärte dann, daß auf Grund des Tarifvertrages das ganze Jahr hindurch täglich bis zu zehn Stunden gearbeitet werden könne.

Alle Einwände der Betriebsvertretung gegen eine solche Auslegung des Gesetzes wurden vom Gewerberat abgewiesen und dadurch die gesetzliche Regelung der Arbeitszeit für diesen Betrieb völlig außer Kraft gesetzt. Nicht nur beruft sich die Betriebsleitung immer darauf, daß für ihren Betrieb die Arbeitszeitverordnung nicht maßgebend sei und läßt Überstunden ausführen, ohne die Betriebsvertretung in Kenntnis zu setzen und ohne sich an die Beschränkungen zu halten.

Um zu zeigen, daß die Auslegungen des Tarifvertrages durch den Gewerberat völlig unzutreffend sind, seien im folgenden die betreffenden Stellen des Vertrages wiedergegeben.

§ 2 Arbeitszeit

Die Arbeitszeit beträgt durchschnittlich täglich 8 Stunden gleich 48 Stunden die Woche. An den Sonntagen kann betrieblich ein früherer Arbeitsanfang vereinbart werden. An den Tagen vor den hohen Feiertagen erfolgt Arbeitsanfang 2 Stunden früher als sonst. Die Arbeitszeit paßt sich dem Betriebe an, kann erforderlichenfalls geteilt oder in Nachschichten verlegt werden. Alle oben angeführten Arbeitszeiten werden im Interesse des Betriebes mit der Betriebsvertretung des Betriebes geregelt.

§ 3 Überstunden

Überstunden sind möglichst zu vermeiden. Müssen sie in dringenden Fällen geleistet werden, so können sie innerhalb der folgenden 12 Arbeitstage abgegolten werden. Die Bezahlung der Überstunden erfolgt wie nachstehend.

Wie nach solcher Fassung des Tarifvertrages der Gewerberat zu seiner Auslegung gelangt, erscheint unverständlich. Bedauerlich ist es, daß die maßgebenden Stellen so wenig mit den Dingen vertraut sind und Anordnungen treffen, deren Auswirkungen mit den Gesetzen in völligem Widerspruch stehen. Aufgabe der vorgesetzten Behörde wird es nun sein, die Anordnungen des Gewerberates zu berichtigen.

Kan an den Film!

Ist die Gewerkschafts- und Arbeiterpresse ausreichend, um einer Volkserziehung entgegenzuarbeiten und der schaffenden Bevölkerung ein wirkliches Bild über die Ursachen der sich in immer kürzeren Abständen wiederholenden Krisen zu geben? Diese Frage stellen, heißt sie verneinen. Gewiß, wir haben, um nur von unserem Verband zu reden, mit der Mitgliederzahl von einer Million und der in derselben Auflage erscheinenden Metallarbeiter-Zeitung gute Waffen. Auch unsere Tagesblätter tragen ihr Teil zur Belehrung bei. Aber wenn man sich vergegenwärtigt, daß trotz aller Arbeit der Funktionäre in den Betrieben der größte Teil der Arbeiter immer noch die bürgerliche Presse liest und dieses Gift täglich eingetränfelt bekommt, während er seine Metallarbeiter-Zeitung doch höchstens nur einmal erhält, dann stimmt das doch sehr bedenklich. Es gilt aber doch auch die Unorganisierten, die gleichgültig und fähiglos dahinlebende Masse zu erfassen.

Es wäre nun die Frage, was steht uns als Werbemittel noch zur Verfügung? Da wäre eins zu nennen, und zwar ein sehr wirksames, der Film nämlich. Die erdrückende Mehrheit der Besucher der Kinos sind Arbeiter. Wer den „Kaugummi-Kongress“ gesehen hat, der weiß, daß ein Film die Aufmerksamkeit mitreißt und begeistert kann, wenn er die üblichen Klischees überwindet. Die Filme, die heute gelehrt werden, sind doch zu 80 von Schwund und bedeuten für die Ziele der Klassenbewußten Arbeiterklasse eine große Gefahr. Dabei besagt es auch nicht viel, wenn wir in verschiedenen Städten Kulturveranstaltungen haben, wo den Mitgliedern einwandfreie Spielfilme geboten werden. Das ist jedoch ein sehr magerer Trost.

Wir sind heute durch die Genossenschaftlichen, Konsumvereine, Bauhütten, Arbeiterbanken usw. in Domänen des Kapitals eingebrungen, aber der Film ist noch ziemlich unbestrittener Besitz der besitzenden Klasse. Es wäre doch eine lohnende Aufgabe, wenn sich die Gewerkschaften, Genossenschaften, überhaupt alle Arbeiterorganisationen eine Filmgesellschaft bilden würden, die es sich zur Aufgabe macht, durch Filme dem Volke zu zeigen, in welcher trübseligen Lage der Lohn des Arbeiters zu seiner Leistung steht, welche Nachteile auf die Löhner der Arbeiter angebracht werden in Form von indirekten und direkten Steuern, während auf der anderen Seite immer höhere Zinsfußbelastungen entstehen, die Profiteure des Unternehmertums aber keine Steuern kennt. Es ist hier eine Arbeit, die überhaupt nicht erschöpft werden kann.

Wie wäre es, wenn die Gewerkschaften eine Wochenchau herstellten, die dem Arbeiter wöchentlich zeigt, was die Gewerkschaften für Aufgaben zu bewältigen haben, wo Streiks, Ausperrungen sind oder waren und welche Erfolge die Gewerkschaften dabei erringt haben? Ist denn die Arbeit der Gewerkschaften nicht soviel wert, als daß sie auch im Film den Massen gezeigt werden könnte? Im heutigen Kinos sind wir gewöhnlich mit modernen Waffen zu kämpfen, deshalb: Kan an den Film. Der Kapitalismus demütigt den Film als Propaganda für seine Weltanschauung, da sollten wir es nicht nicht tun. G. B. Chemnitz

Die Unternehmer und ihre Betriebskassenkassen

Das Geschehen wird uns geschrieben: Den organisierten Kollegen liegt nichts an der Errichtung solcher Kassen, denn es handelt sich nicht um das (falschlicherweise bezeichnete) Wohl der Versicherten, sondern um den üblen Herr-in-Ganz-Standard der Unternehmer in ihrer „Kassenkasse“.

Es spricht die Metallarbeiter-Zeitung in ihrer Nr. 4. Und sie hat nur zu sehr Recht. Jede Betriebskassenkasse kann ein Viehden sein, was sich nicht nur allein in der Unternehmerrückständigkeit dieser Herr-in-Ganz-Standard zeigt, sondern in der nordwestlichen Gruppe hat sich eine bestimmte Methode eingebürgert, nach der die einzelnen Betriebe bei bestehender Selbsterhaltung „berichtigt“ werden. Jedes Werk hat seinen „Arbeitsrat“, der eigens dazu eingesetzt ist, den (leider) notwendigen „Bericht“ mit dem Betriebsrat zu erörtern. Beim Unternehmerrückgang der Kasse ist dieser Herr-in-Ganz als Vertreter der Direktion im Vorstand der Betriebskassen. In dieser Eigenschaft ist es ihm ein Leichtes, bei Betriebskassenkassen oder Einzahlungen die Entlassung der Arbeiter nach der Statistik der Krankenkasse vorzunehmen. Und das geschieht in der That, daß er alle die Leute entläßt, die nach der Karte später wegen Krankheit entschuldigt sind. Erhält man ein auf diese Art entlassener Arbeiter Anspruch bei der Betriebskassenkasse und es kommt zur Kasse nach § 84 A.B.Z., dann führt der gute Mann

Mitteilungen des Vorstandes

Telegraphenadresse: Metallvorstand Stuttgart
Telephon-Nummern S.-A. 624 41, 624 42, 624 43

Mit Sonntag dem 9. März in der II. Wochenblattzeitung für die Zeit vom 9. bis 15. März 1930 fällig.

Mitglieder, die auf die Reise gehen oder den Arbeitsort wechseln, haben sich bei der Verwaltungsstelle ihres bisherigen Aufenthalts, ortes unter Vorlage des Mitgliedsbuches abzumelden. Mitgliedsbücher, die diese Abmeldung nicht enthalten, können von keiner Verwaltungsstelle zur Anmeldung entgegengenommen werden, auch darf auf solche Mitgliedsbücher kein Mitgliedsbeitrag ausbezahlt werden. Bei Überkennung der Mitgliedsbücher an die frühere Verwaltungsstelle zum Zweck der Abmeldung ist stets Rücksicht zu nehmen, auch dann, wenn diese Überkennung durch eine Verwaltungsstelle erfolgt. Die Portokosten gehen zu Lasten des betreffenden Mitgliedes.

Gestohlen wurde:
Mitgliedsbuch Nr. 4.744.895, lautend auf den Metallarbeiter Wilhelm Zimm, geb. am 8. Januar 1890 zu Natbor. (Natbor.) Stuttgart, Albrechtstraße 16. Der Verbandsvorstand.

Zur Beachtung! • Zuzug ist fernzubalten!

von Bauaufschlägern nach Berlin (Webermann & Hader) D.; von Caros, erica, eric, eric, alle Branchen nach Vajel St.; von Formern und Gießerarbeiten nach Landau L. Pfalz (H. Eichhorn) D.; von Metallarbeitern nach St. Louis in Ober Elßaß (Sa. Ordninger, Aluminium abrit.) D.

Arbeitsuchende Mitglieder sind verpflichtet, auch wenn der betreffende Ort nicht in der Zeitung genannt ist, Urlaubigung bei der zuständigen Ortsverwaltung oder wo eine solche nicht besteht beim Vorstand eingeholen. Das Schriftbild ist von der Verwaltung des des Mitglied zurzeit angehört, zum Ausweis der Mitgliedschaft abkempeln zu lassen.

Anträge auf Verhängung von Sperren müssen von den Ortsverwaltungen über die Bezirksleitungen an den Vorstand eingereicht werden und ausreichend begründet sein.

an, daß es der Firma doch nicht zugemutet werden kann, kranker Arbeiter zu behalten und dafür gesunde zu entlassen. Seider stellt sich das Arbeitsgericht ebenfalls auf diesen Standpunkt, so daß eine solche Klage jedesmal abgewiesen wird. Daran ändert auch nichts die Tatsache, daß der Arbeiter doch in dem Betrieb durch die von ihm verlangte Leistung körperlich aufs äußerste erschöpft und dadurch besonders für Erkrankungskrankheiten sehr empfänglich geworden ist.

Sonzu tritt noch, daß die meisten Betriebe gesundheitsförderndartig rüchständig sind, daß es fast ein Wunder genannt werden kann, wenn zum Beispiel ein Gießerarbeiter einen Winter ohne Erkrankung überlebt. Ist er dann soweit, daß sein geschwächter Körper der Krankheit keinen Widerstand mehr leisten kann, dann wird er entlassen. In einem solcher Falle betraut der Arbeitsrichter den Standpunkt, daß die Firma dem Mann doch eher zu Dank verpflichtet sei und deswegen keine Ursache habe, ihn zu entlassen. Laut Urteil mußte er auch wieder eingestellt werden. Das Urteil kann wirklich als „Im Namen des Volkes“ gesprochen betrachtet werden.

Zu dieser Methode kann der einzelne stehen wie er will; er kann sie für berechtigt halten, wenn er sieht, daß dabei ohne Unterschied der Person jeder mit gleichem Maß gemessen wird. Aber es ist festgestellt worden, daß einzelne Arbeiter die Krankenkasse fast ein halbes Jahr in Anspruch genommen haben, ohne daß aus Krankheitsgedacht wurde. In diesen Fällen handelte es sich um Menschen, die der Betriebsleitung nicht weh tun (wenn sie nicht schon Mitglieder des „Deutschen Arbeiter“ sind). Man sieht also, es geht auch anders und das ist das Ungerechte, worüber man sich berechtigterweise empört.

Das Volkswirtschaftsamt Bremen, Nordstr. 45, gibt sein Ferienreiseprogramm für 1930 heraus. Die aufgeführten Reisen sind für diejenigen eingerichtet, die während ihrer Ferien Erholung für Körper und Geist finden, hohe Summen dafür aber nicht ausgeben können. Unter anderem ist eine Reise an die Riviera, nach Paris nach Wien und nach England erwünscht, außer verschiedenen Reisen innerhalb Deutschlands. Ferner erscheint von demselben Büro das Ostseefahrt „Drei Tage Bremen und Seefahrt nach Helgoland“, das für einen geringen Preis dem Reisenden einen dreitägigen Aufenthalt in Bremen vermittelt. Das Heft ist kostenlos in jedem größeren Reisebüro zu haben.

„Refflos“

Das Wort „refflos“ ist gewiß nicht unrichtig gebildet und man könnte ihm sehr wohl einen Platz in unserer deutschen Sprache einräumen, wenn nur nicht jolch arger Mißbrauch mit ihm getrieben würde. Richtig angewendet könnte es als Bezeichnung gelten. Aber es wird nur wenig Fälle geben, wo es wirklich am Platze ist, wo also andere Wörter, über die die deutsche Sprache schon lange verfügt, nicht im wesentlichen dasselbe und sogar besser ausdrücken. Als Redemittel ist es zu vermeiden. Die nachstehenden Auszüge aus Zeitungsartikeln sprechen für sich selbst:

- ... Auch der bekannte Fall „Gute Sitten“ brachte vor Gericht keine refflose Klärung.
- ... Die Diebe nahmen an Blumer refflos alles mit, was sie vorfanden.
- ... Und bald wird man inne, daß die Büchse von jedem Platz refflos zu übersehen ist.
- ... Die Gemeinde hat ihre Entnahme fast refflos dem Fremdenrecht zu verdanken.
- ... Ich war refflos erschüttert und glaubte im ersten Augenblick, daß nichts vielleicht eine Prügelei stattgefunden habe.
- ... Es ist fraglich, ob man überhaupt die Mißstände refflos beseitigen kann.
- ... Der Reuge hatte dem Angeklagten 8000 A anvertraut und das Geld refflos verloren.
- ... Wir waren die Begriffe damals noch refflos unklar.
- ... Ich behalte mir alle Erklärungen vor, bis die Sache refflos geklärt ist.
- ... Der Dirigent schafft dem Hörer die Ruhe, sich auf das Werk refflos einzustellen.

(Dr. Wilhelm Soehle in der „Mutter Sprache“.)

Die Konferenz der Automobilarbeiter

Gegen Zollerrhöhung - Gegen Betriebsputscherei

Der Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes hatte die Vertreter der in der Automobilindustrie tätigen Arbeiter und Angestellten am 23. Februar nach Frankfurt a. M. geladen. Automobilwerke und Gewerkschaften waren wider Erwarten gut vertreten. Von den Vertretern gehörten dem DAV 33 an, dem Bund und dem Zentralverband der Angestellten je 6, den Holzarbeitern 12, Sattlern 12, Malern und Lackierern 18, wozu sich die Vertreter des Vorstandes des DAV gesellten.

Die Konferenz sollte sich mit der Lage der Automobilindustrie beschäftigen. Welche Bewandnis es damit hat, ist uns ungenügend bekannt. Die letzten Zeit wohl bekannt. Wie viele andere Gewerbe, ist auch dieses in einer gedrückten Lage. Die Arbeiter und Angestellten, die Hauptleidtragenden der wirtschaftlichen Krise, sollten nun Gelegenheit nehmen, ihre Meinung über den Stand der Dinge auszubringen.

Den einleitenden Vortrag hatte der Vorstandsvorsitzende des DAV, der Reichstagsabgeordnete Franz Kees übernommen. Er begann mit einer Schilderung der Entwicklung der deutschen Automobilindustrie. Sie habe sich vor dem Kriege dank ihrer gediegenen Erzeugnisse des besten Rufes erfreut und sei der internationalen Lieferant von Kraftwagen gewesen. Während und nach dem Kriege sei sie aber vom Auslande, vornehmlich von Amerika überflügelt worden. Durch Ramschgeschäfte während der Inflation haben, so führt der Redner weiter aus, die deutschen Fabrikanten ihre Wagen und ihren guten Ruf verschleudert, die riesenhaften Gewinne aber nicht für die Verbesserung der Produktion verwendet. Die deutsche Automobilindustrie kann nicht davon freigesprochen werden, daß sie ihre günstige Stunde verpaßt hat. Um so mehr hat die amerikanische Industrie ihre Zeit genutzt, indem sie die Erzeugung verbesserte, den Absatz großzügig organisierte und hohe Löhne zahlte, damit auch die Arbeiter zu Automobilkäufern werden konnten.

Die Automobilindustriellen verlangen nun, wie der Vortragende weiter darlegte, Hochschutzzoll, damit sich ihr Gewerbe erholen könne. Sie fordern einen Zoll von 225 % für den Doppelzweck des eingeführten Wagens. Dadurch wird die Einfuhr ausländischer Wagen praktisch unterbunden. Die Folge dieser Abscherrung wird aber sein, daß der Antrieb von außen fehlt und daß das Angebotsniveau abermals nicht zur Verschmelzung der beiden Betriebe, nicht zur Vermeidung der Modellzahl, nicht zur Reinigung der Industrie von überflüssigen Werkstätten, Typen und Ausführungen benutzt wird. Eine Reinigung hätte schon längst not getan. Gibt es doch in Deutschland noch 52 Automobilbetriebe, die im eigentlichen Wagenbau 44 700 Arbeiter und 8000 Angestellte beschäftigen. Unter diesen Betrieben befinden sich noch solche, die im Monat durchschnittlich nur 1 bis 10 Wagen herstellen. 12 Betriebe erzeugen bis 50, und 7 bis 100 Wagen. Dann werden heute noch in 27 Fabriken für 76 600 Wagen 95 Wagentypen mit 300 Ausführungen hergestellt, während Nordamerika für 3,8 Millionen Wagen weniger Typen und Ausführungen hat.

Das Primäre der Besserung der Lage ist nicht Erhöhung des Zolls, sondern eine Preisentlastung. Der höhere

Soll wird nur die Trägheit verstärken.

Abwärtens läßt sich die Zollerrhöhung gar nicht allgemein einführen, weil Deutschland ja mit verschiedenen Ländern durch Zollverträge gebunden ist. Das Ausland würde mit ähnlichen Maßnahmen antworten. In der Zeit der Vorkriegszeit ist unsere Produktionsmenge wie der Produktionswert gestiegen, die höchste Steigerung im Jahre 1923, wo der niedrige Zollfuß galt. Die Zollentlastung hat demnach den Geist befreit und die Trägheit gemindert.

Aus diesen Tatsachen ist die entsprechende Lehre zu ziehen. Ob das unsere Automobilindustriellen tun werden, läßt ihr bisheriges Tun bezweifeln. An der Zollerrhöhung verlangen sie die Kontingentierung der Einfuhr, das heißt, sie wollen einigen europäischen Ländern die Einfuhr eines bestimmten Sonderzweckes von Wagen zu einem niedrigen Zoll gestatten, für die darüber hinausgehende Zahl aber soll der hohe Zollfuß bezahlt werden. Das würde sich gegen Nordamerika richten, das dann nur noch einen Anreiz seiner jetzt eingeführten Wagenmenge zu dem niedrigen Zollfuß einführen könnte. Nordamerika würde sich das bestimmt nicht gefallen lassen, sondern Gegenmaßnahmen treffen, die die deutsche Gesamtausfuhr schädigt. Es ist darum auf diese Weise nichts Günstiges für die deutsche Wirtschaft zu erreichen. Die Kollage der deutschen Automobilindustrie muß daher mit andern Mitteln und Wegen zu besserer Gestalt werden. Und es mangelt nicht an wirksamen Mitteln. Vor allem sind Planmäßigkeit der Produktion und des Absatzes nötig, dann Ausmerzung der überlebten Betriebe und mehr schöpferische Kraft.

Was aber immer von den Industriellen unternommen werden wird, die Arbeiter müssen alles aufmerksam verfolgen, sich in ihrer Gewerkschaft zusammenschließen, damit sie gewappnet sind, wenn die Unternehmer ihre Selbstschutzbete Kollage etwa auf Kosten der Arbeiter besetzen wollen.

Die Aussprache

Dem mit allgemeinem Beifall bedachten Vortrag folgte eine lebhafte Aussprache. Den Reigen der Redner eröffnete

Karp-Brandenburg, der Vertreter der Belegschaft der Brennbauwerke. Er schildert, wie in seinem Werk sich die Belegschaft fortlaufend verringert und gleichzeitig die Erzeugung vermindert hat. Dort ist die Arbeiterzahl von 1927 bis jetzt von 7899 auf 3209 Mann, die Stundenzahl je Wagen von 1923 bis heute von 1714 auf 410 Stunden herabgegangen. Somit kommt jetzt auf einen Wagen nur noch ein Viertel der einstigen Stundenzahl. Seit Jahr und Tag schafft die Hälfte der Belegschaft nur noch 3 Tage die Woche. Die Werkleitung glaubt, den Abfall durch Erhöhung des Zolls auf ausländische Wagen besetzen zu können. Sie sei darum an den Betriebsrat heranzutreten. Der Betriebsrat habe geglaubt, den Wunsch der Werkleitung nicht zu verfehlen.

Urich-Berlin: Nicht nur in Deutschland, sondern in allen Ländern befindet sich die Automobilindustrie in einer Krise und der deutschen Automobilindustrie geht es nicht schlechter als irgend-einem andern deutschen Gewerbe. Mit einem noch höheren Zoll ist unserer Industrie nicht zu helfen, auch nicht den Brennbauwerken. Dabei diese doch noch 11 Wagentypen, was eine unverantwortliche Verschwendung bedeutet. Wir Gewerkschafter haben die Lage der Arbeiter zu sehen und uns nicht um die Rationalität der Fabrikanten zu kümmern. Bei der General Motors Corporation in Berlin haben unsere Kollegen laut Tarifvertrag einen Jahreslohn von 4000 M. Diese amerikanische Fabrik zahlt also bedeutend mehr als irgend ein deutscher Fabrikant. Die üble Lage der deutschen Automobilindustrie kommt zum Teil daher, daß bei uns das Automobil noch als Luxusartikel betrachtet wird. Es muß auch bei uns zum Volksartikel werden, was nichts anderes als bessere Bezahlung der Arbeiter heißt.

Erbe-Chemnitz: Der Niedergang unserer Industrie wird von den Fabrikanten benutzt, den Lohn abzubauen. Arbeitslosenverbände haben die Unternehmer verurteilt, die Betriebsräte für die Zollerrhöhung einzuspannen. Wir haben unserer Direktion erklärt, daß wir uns darauf solange nicht einlassen, als bis wir bei der Produktion mitbestimmen und Einsicht in die Geschäftsführung nehmen können. Damit war es mit der Fremdbildung unserer Unternehmer vorbei. Der Redner wünscht die Annahme einer grundsätzlichen Erklärung, die den Siebenstundentag und die Abhängigkeit Arbeitslosen vom Gegenstand hat.

Scheid-Frankfurt a. M.: Von den 52 deutschen Unternehmen haben viele keine Rasensicherung. Aber über das Bestehen der Werke bestimmen nicht wir, auch nicht einmal die Unternehmer,

sondern die Banken. Vor dem Kriege wurden 50 bis 60 Dividende verteilt. Dieser Profit wirkte wie ein Magnet, zog viele Kapitalisten an, die sich im Autogeschäft gesund gemacht haben. Die Pläne ist allerdings auch auf die hohen Unkosten eines Wagens zurückzuführen. Heute doch heute ein kleiner Wagen 120 bis 180 M an Unterhaltskosten im Monat. Es kann daher das Automobil für die Klasse nicht in Frage kommen. Es ist einfach nicht zu verstehen, daß sich ein Autoarbeiter für Bälle einsetzt.

Reival-Rüsselsheim: In den Opel-Werken ist die Frauenarbeit erheblich vermehrt worden. Wenn wir Gleichberechtigung anerkennen, dann dürfen wir nicht zulassen, daß Frauen den Männern vorgezogen werden. Die Frauen haben bei uns die gleiche Arbeit wie die Männer zu verrichten, werden trotzdem schlechter entlohnt. Dann geht die Zahl der Facharbeiter ständig zugunsten der An- und Ungelernten zurück. Unsere Tarifverträge müssen mit den vielen Lohnläsen abfahren, damit die Unternehmer die Lust nach den geringeren bezahlten Klassen verlieren. Die Automobilindustrie sollte durch Preisentlastung erleichtert werden, um die Unterhaltskosten der kleinen Wagen zu vermindern. Diese Konferenz muß sich mit dem

Eintrag - e Kommunisten in die Opel-Werke

befassen. Die sogenannte Gewerkschaftsopposition ist der gefährlichste Gegner, den wir in der Gewerkschaftsbewegung haben. Wir haben ihn scharf zu verfolgen, damit er nicht noch mehr Arbeit für die Arbeiterkraft stiftet.

Siller-Bremen berichtet von seinem Werk (Hanja-Loth). Dort ist man von der Akkordarbeit (am Band) zur Zeitarbeit übergegangen, in der Folge sind die Stundenlöhne (der Gelehrten) von 1,25 bis 1,27 M, auf 1,10 M. heruntergegangen. Trotz der Lohnarbeit ist die Arbeitskraft und auch die Fördermenge bedeutend erhöht und die Belegschaft von 1200 auf 420 Mann herabgedrückt worden.

Scharfenberg-Berlin: Man muß sich über die Verflechtung der Unternehmer wundern, wenn es ihnen gelungen ist, Rollen in Brandenburg zu bewegen, zum Rückschlag zu fahren, um für Bälle für die deutsche Industrie einzutreten. Und da steht an der Spitze des Reichsverbandes der Automobilindustrie der Herr Opel, der sein Werk an die Amerikaner verkauft hat. Diese Leute verlangen, daß wir für den Schutz der deutschen Arbeit eintreten. Das ist mehr, als wir vertragen können.

Stosowki von den technischen Angestellten dankt dem DAV, daß er ihnen Gelegenheit verschafft hat, gemeinsam mit den Kollegen aus der Werkstätte wichtige Angelegenheiten der Industrie beraten zu können. Die Angestellten leiden genau so wie die Arbeiter unter dem Druck des Unternehmertums. Der Kalkulator wird ebenso von oben her getreten wie der Meister und Arbeiter. Die Unternehmer suchen auch den Angestellten begrifflich zu machen, daß der Autogoll ein sozialer sei. Das ist natürlich ganz schief. Seit dem Jahre 1924 war jeder Direktor der Meinung, er müsse die Welt mit einem neuen Wagentyp beglücken und daß ausgerechnet sein Typ der richtige sei. Die Banken haben sich nicht dagegen gewandt, sondern Geld zu Anleihen gegeben. Die Angestellten sind nicht geneigt, für eine Industriebranche die Gesamtwirtschaft zu opfern.

Engelbert-München: Die Schrift der Industriellen, der

„Soziale Autogoll“ ist schlimmste Stimmungsmache.

Man sollte meinen, der Zoll sei lange genug hoch genug gewesen, ohne daß die Industriellen einen geeigneten Anlauf zur Besserung gemacht haben. Wird die ausländische Einfuhr gehemmt, werden wir ausländische Fabriken bekommen. Und weiter kann es gleich sein: wer aus untern Kränzen Profit quersieht. Wir können es nur begrüßen, daß sich die Amerikaner des deutschen Automobilbaus erheben. Die niedrige deutsche Lohnhöhe ist bestimmt nicht an dem Zustand des deutschen Automobilgewerbes schuld.

Singen-Essen: Wäre der Zoll auf Automobile weniger hoch gewesen, die deutsche Industrie stände heute sicherlich besser da. Krupp erzeugte im Jahre 1923 mit 1000 Leuten 60 Wagen, heute mit 750 Leuten 75 Wagen. Das drückt eine erhebliche Lohnersparnis aus, die ihrerseits in der Materialersparnis findet. Trotzdem, so erklärt man, nicht wettbewerbsfähig zu sein! Das Hauptübel ist die Richtigkeit von Fabriken und Typen. Alle Augenblicke müssen die Maschinen umgestellt werden. Gätte Amerika eher den Fortschritt gemacht, der Seitenweg der deutschen Automobilindustrie wäre kürzer gewesen.

Krüger-Berlin: Die Ineffizienz unserer Unternehmer ist freilich nicht allein schuld an dem Übel. In Deutschland sind die Werkstoffe noch teurer. Selbstverständlich kann es für uns keine Meinungsverschiedenheit über die Abrechnung des Zolls geben. Die große Arbeitslosigkeit verlangt eine beträchtliche Kürzung der Arbeitszeit. Das muß fortan in dem Programm des DAV stehen.

Gaas-Mannheim: Wir in unserm Werk sind gegen den Zoll. Bei unferm Qualitätsniveau ist der Lohnanteil verhältnismäßig gering. Selbst wenn wir ganz auf den Lohn verzichten, würde das bei dem hohen Preis wenig ausmachen. An den Werkstätten sind auch wir Arbeiter schuld:

Wir machen den Betriebsleitern die Schuld daran zu sein.

Gätten wir ihnen das längst abgewöhnt, die Vererbung von Arbeitskraft und Geld für die vielen Typen und Ausführungen hätte aufhören müssen. Es ist besser, der Schicksalsgang der deutschen Automobilindustrie geht nach vor sich, als das immerwährende Wärrern. Ich bin daher gegen den Zoll, und nicht etwa nur gegen den Hochschutzzoll. Die Frauen, die heute vollkommen Männerarbeit verrichten, müssen ebenso entlohnt werden. Die Lohngruppen in unserm Tarif müssen vermindert werden. 3 Gruppen, und zwar für Gelehrte, Angelernte und Ungelernte genügen vollkommen.

Witt-Brandenburg schildert die archetypisch üble Lage der Arbeiter seiner Stadt. Daran erklärt sich die Tatsache, daß dort zollfreundliche Arbeiter vorhanden seien. Er selbst ist grundsätzlich gegen Schutzzoll.

Effer-Rüsselsheim: Wir können nicht, wie es in der hier vorliegenden Entschließung heißt, zur „alten Tradition zurückkehren“, sondern müssen neue Wege gehen, und zwar muß eine Bewegung für den Siebenstundentag im ganzen Lande einziehen. Es darf niemand mehr vornehmen, daß Betriebsräte einer mehr als achtstündigen Arbeitszeit zustimmen. Diese Forderung sollte aber nicht von kleinen Funktionären allein ausgehen, sondern die Spitzen aller Gewerkschaften sollten sie gemeinsam stellen.

Dettinger-Mannheim, von den Lackierern: Die Forderung der Vollqualifikation der Unternehmer müssen wir ablehnen, solange wir keinen Einblick in die Geschäftsführung der Unternehmer haben. Wir dürfen nichts auf das Gewissen der Unternehmer geben. Trotz der Klagen scheuern sie noch ganz nette Gewinne ein und haben Geld in Fülle für eine Anzahl von Direktoren mit Nebengehältern. Bei dieser Maßnahme muß die Verbesserung der angeschlagenen Verhältnisse werden, nicht bei den armen Leuten der Arbeiter. Uns hat die wirtschaftliche Not der Arbeiter zu kümmern. Auf die 100prozentige Organisierung der Belegschaften hat sich unsere Kraft zu richten. Ich steife auf die sogenannten Einpartei-Verbindungen. Mit diesen faulen Leuten läßt sich der Lohn nicht heben, sondern nur mit treuorganisierten Genossen.

Böhmer-Mannheim, kaufmännische Angestellte, legt ausführlich dar, warum zuweilen noch das Verhältnis zwischen Arbeitern und Angestellten zu mäßigen übrig lasse und wie es gebessert werden kann. — Wüller-Regisberg schildert technische Einzelheiten seines Betriebes. — Schaner-Berlin erklärt die Forderung der Unternehmer nach Ballast ist eine gewisse Genese, denn der nämliche Opel, der seine Fabrik an Amerikaner verkaufte, rief gleichfalls nach Zollschutz für die deutschen

Automobile. Bei uns in der Fabrik der General Motors besteht keine Akkordarbeit am Band. Die Arbeitslosenmasse jedoch drückt auf den Geist in der Fabrik und steigert die Bege. Es wird immer mehr geschont, und in der Folge werden immer mehr entlassen; schließlich bleiben nur die schlimmsten Bürger zurück. Das auch die Gewerkschaftsarbeit in der Werkstatt erschwert, zumal die Pausen sehr kurz geworden sind. Die Grenzleistungen im Autogebäude müssen verschwinden. Es sollte keine Rolle spielen, wo einer organisiert ist. Hauptsache aber sollte sein, daß jeder einer Gewerkschaft angehört.

Rudolf-Stuttgart beschäftigt sich mit der Wirkung der Rationalisierung auf die körperliche und geistige Verfassung des Arbeiters. Die Kollegen sollten wie er die Wirkung am eigenen Körper studieren.

Schulz-Bremen: Mit der Abschaffung der Akkordarbeit am Band hat es zuweilen seine Schmierigkeit. In Bremen wurde damit der Versuch gemacht. Nach einiger Zeit drehten die Kollegen wieder zurück zur Akkordarbeit, weil sie die Lohnverluste wieder ausgleichen wollten und bei der Akkordarbeit auch mehr Gauen hatten.

Biehler-Mainz verbreitet sich über die Funktion des Schutzalles, wobei er die Ansichten sozialistischer Theoretiker zitiert. Mitunter kann der Zollschutz wohl einen Anteil an dem Aufschwung eines Gewerbes haben. Obwohl er in der Schutzfrage anders eingestellt sei als die Mehrheit der Konferenz, werde er für die Entscheidung stimmen. Der Frage der Kartellpreise hätte mehr Bedeutung beigelegt werden sollen.

Sibel-Brannschweig: Vom proletarischen Standpunkt aus kann man sich nichts Nützliches von den Zöllen versprechen. Der Band- und Akkordarbeit sei zu sagen, daß in seinem Werk alle 90 Minuten eine Ruhepause von 10 Minuten eingelegt worden war. Weiter mußten wir erfahren, daß Arbeiter sogar die 10 Minuten schlafen wollten, wodurch die Pause auf 4 Minuten verkürzt wurde.

Da die Aussprache erschöpft ist, nimmt der Hauptredner Franz Kees das Schlusswort. Er geht auf die Ausführungen fast aller Redner ein, wobei er seinen Vortrag noch in verschiedener Hinsicht ergänzte. Sodann wurde über die zwei Entschließungen abgestimmt. Die eine wie die andere wurde mit allen gegen eine Stimme angenommen. Nachdem dies geschehen, schloß der Vorsitzende mit einer kurzen Schlussrede und einem Hoch auf den DAV die überaus kollegial und sachlich verlaufene Konferenz.

Die beiden Entschließungen lauten:

Entschließung zur Zollfrage

Die Konferenz der Automobilarbeiter, die 100 000 in der deutschen Autoindustrie Beschäftigte vertritt, fordert den Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes und die anderer Verbände auf, alle geeigneten Schritte zu unternehmen, um die in der schwersten Krisenzeit hart bedrängte Existenz der Kollegen zu stützen und zu fördern. Eine der ersten Voraussetzungen für die Beseitigung und Hebung des Geschäfts innerhalb dieses wichtigen Industriezweiges ist die Rückkehr zur Qualitätsarbeit und anarmenem Preis. Dieser in der Inflationszeit stark vernachlässigte Faktor muß heute mehr denn je gepflegt werden.

Die Konferenz betrachtet die von der Autoindustrie geforderten Hochschutzzölle aus einer Reihe von Gründen als ungeeignetes Mittel zur Erreichung des erwähnten Zieles. Hochschutzzölle und Monopolstellung liegen eng beieinander. Monopole wirken jedoch in der Regel konformistisch auf Preisenthaltung und Fortschritt. Ein hoher Zollschutz bedeutet Gefahr für die Preisabschwächung, die erstensweise die verhältnismäßig rasche Zunahme des deutschen Automobilbestandes erst ermöglichte. Deutschland benötigt im Interesse der Produktion in erster Linie das billige Auto. Aus volkswirtschaftlichen Erwägungen lehnt deshalb die Konferenz jeden Hochschutzzoll ab.

Die angeforderte Kontingentierung der europäischen Autoindustrie muß der Vorstand des DAV ebenfalls aufmerksam beachten und zur geeigneten Zeit die notwendigen Maßnahmen im Interesse aller in der Autoindustrie Beschäftigten treffen.

Entschließung zum Betriebsputsch

Die Konferenz nimmt Bezug auf die Vorgänge vom 12. Februar in den Opel-Werken in Rüsselsheim. Sie verurteilt auf das entschiedenste die von unverantwortlichen kommunistischen Elementen heraufbeschworenen Revolutionen und Gewalttätigkeiten. Der auf höheren Befehl Moskwa durch das Zentralkomitee der KPD inszenierte Betriebsputsch ist kein Kampf gegen die Auswüchse des Kapitalismus, sondern eine niederträchtige Aktion, die geeignet ist, der Reaktion und dem Faschismus die Wege zu ebnen.

Die Konferenz, die die übergrößen Maßzahl aller in der deutschen Automobilindustrie Beschäftigten vertritt, spricht daher ihre Entzweiung gegen diese arbeiterschädigenden Handlungen aus und sieht nach wie vor die vornehmste Vertretung ihrer Interessen im Deutschen Metallarbeiter-Verband sowie den übrigen Organisationen der freien Gewerkschaften.

Gestiegene Schreibmaschinenausfuhr

Die Schreibmaschinenausfuhr ist beachtenswert. Seit 1923 hat sich der Wert der ausgeführten Schreibmaschinen mehr als verdoppelt.

Jahr	Wert	Wert in M.	Durchschnittspreis in M.
1925	65 005	10 504 000	158
1926	70 767	9 700 000	137
1927	56 118	10 449 000	186
1928	77 851	14 530 000	185
1929	95 993	19 958 000	205

Schon seit mit Ausnahme des Jahres 1927 ein ununterbrochener Mengenanstieg der Schreibmaschinenausfuhr zu beobachten. Auch dem Wert nach fand mit einer einzigen Ausnahme eine Steigerung statt. Der Durchschnittspreis hat sich seit 1927 ununterbrochen gehoben. Dennoch muß es überraschend, wie billig deutsche Schreibmaschinen auf dem Weltmarkt abgesetzt werden. Der Preis in Deutschland zu dem Durchschnittspreis von 205 M. eine gute neue Schreibmaschine kaufen? Der größte Abnehmer war Frankreich, die Tschechoslowakei, die Türkei, Italien, Österreich usw. Eingeführt wurden im Vorjahr insgesamt 25 004 Stück zu einem Durchschnittspreis von 202 M. Die Schreibmaschinenausfuhr hat sich seit 1925 mehr als verdoppelt.

Bei den Durchschnittspreisen macht's nicht

In einem Brief in der „Faz“ (Januar 1930) über die Wirtschaftslage wird festgestellt, daß der Durchschnittspreis der 100 bis 200 maßgebenden Wirtschaftsgüter etwa 61 Jahre beträgt. Wenn man diesen Mittelwert der Preisentwicklung mit derselben Genauigkeit ablesen würde, wie sie das zum großen Teil gegenüber ihren älteren Arbeitern und Angestellten tun, dann würden sie das wahrscheinlich als eine ungeheure, übertriebene Empfindung betrachten. In der Tat, der Durchschnittspreis der Waren, die ihre Tätigkeit weniger zeitlich und körperlich betreiben, bedingt als die eines gewöhnlichen Arbeiters. Wie dem auch sein möge, was man von unferm Wirtschaftswissenschaftlern hört und sieht, läßt einem glauben, daß das hier oben angegebene Durchschnittsalter noch viel zu tief sei.

